

VERGABEUNTERLAGEN

2026341829

Betonsanierung D-Süd - an den Hochbahnsteigen Bleekstraße,
Annastift und Tiergarten

Öffentliche Ausschreibung (VOB)

Ausschreibung

AUFTRAGGEBER

ÜSTRA Hannoversche Verkehrsbetriebe Aktiengesellschaft
Am Hohen Ufer 6, 30159 Hannover, Deutschland

28.05.2026

Inhaltsverzeichnis

Vergabeunterlagen	1
Projektinformation	1
Vertragsbedingungen/Formulare	3
ÜSTRA	3
211_Aufforderung_zur_Abgabe_eines_Angebots.pdf	3
212_Teilnahmebedingungen.pdf	7
214_Besondere_Vertragsbedingungen.pdf	9
216_Verzeichnis_der_vorzulegenden_Unterlagen.pdf	11
Untitled	12
725_Vorlage_Bautagesbericht	13
729_Vorlage_Stundenlohnzettel	14
UESTRA_AGB-2025	15
Allgemeine Auftrags- und Zahlungsbedingungen der ÜSTRA Hannoversche Verkehrsbetriebe A.	15
§ 1 Allgemeines	15
§ 2 Bestellung, Unterrichts- und Mitwirkungsverpflichtungen	15
§ 3 Unterlagen zur Ausführung, Genehmigungen	15
§ 4 Übertragung des Auftrages an Dritte	15
§ 5 Liefergegenstand, Leistungen des Auftragnehmers	15
§ 6 Fristen und Verzug	15
§ 7 Erfüllungsort, Abnahme, Verpackung	15
§ 8 Gefahrübergang, Rügefrist, Eigentumsübergang, Mängelansprüche	16
§ 9 Beistellungen, Eigentumsvorbehalt	16
§ 10 Preise, Nachträge	16
§ 11 Zahlung, Rechnungen	16
§ 12 Verjährung, Zurückbehaltungsrecht, Aufrechnung und Abtretung	17
§ 13 Sicherung der Eigentumsrechte, Übertragung von Nutzungs-, Leistungs- und Schutzre	17
§ 14 Haftpflicht, Freistellung	17
§ 15 Geheimhaltung	17
§ 16 Datenschutz und Datensicherheit	17
§ 17 Rücktritt oder Kündigung vom Vertrag aus besonderen Gründen	17
§ 18 Sanktionen bei schuldhaftem Verstoß gegen Vorgaben der Tariftreue oder des Mindes	18
§ 19 Anforderungen nach dem Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz - LkSG	18
§ 20 Allgemeine Bestimmungen/Sonstiges	19
213_ohne_Lose_Angebotsschreiben	20
221_Preisermittlung_Zuschlagskalkulation	23
222_Preisermittlung_Kalkulation_Endsumme	25
233_Verzeichnis_Nachunternehmerleistungen	27
RS_EU_Sanktion_bmwsb_eigenerklaerung.pdf	28
Rundschreiben_2022-04-14_BWI7_70904_21_Sanktionen	30

I. EU-Sanktionen gegen Russland	30
II. Verbot der Auftragsvergabe	30
III. Fortführung bestehender Verträge	31
IV. Ausnahmen	31
V. Zubehörsbau	32
VI. Inkrafttreten	32
Produktionsstandorte	33
Formblatt Eigenerklärung zu den Produktionsstandorten	33
Produkte/Leistungen	34
Eignungskriterien.....	69
Leistungskriterien	70
Anlagen	71

INFORMATIONEN ZUR AUSSCHREIBUNG

Es ist beabsichtigt, die in anliegender Leistungsbeschreibung bezeichneten Leistungen im Namen und für Rechnung des unten angegebenen Auftraggebers zu vergeben. Einzelheiten ergeben sich aus den Vergabeunterlagen.

INFORMATIONEN

ALLGEMEIN

Auftragsnummer	2026341829
Maßnahme	
Maßnahme Nummer	540 003 171.1
Auftragsbezeichnung	Betonsanierung D-Süd - an den Hochbahnsteigen Bleekstraße, Annastift und Tiergarten
Auftragsbeschreibung	Es ist eine Betonsanierung D-Süd - an den Hochbahnsteigen Bleekstraße, Annastift und Tiergarten notwendig. Der lose Beton unter dem Kragarm muss entfernt und reprofiliert werden.

VERFAHREN

Auftraggeber	ÜSTRA Hannoversche Verkehrsbetriebe Aktiengesellschaft
Weitere Auftraggeber	
Auftraggebertyp	
Liefer-/Ausführungsort	30159 Hannover
Leistungsart	Bauleistung
Vergabeart	Öffentliche Ausschreibung (VOB)

VERFAHRENSEIGENSCHAFTEN

Losweise Vergabe	Nein														
Art der losweisen Vergabe															
Höchstzahl der Lose pro Angebot															
Zuschlagskriterium	Niedrigster Preis														
Klassifizierungen	<table><tr><th>Code</th><th>Bezeichnung</th></tr><tr><td>45234128-9</td><td>Bau von Straßenbahnhaltestellen</td></tr><tr><td>45234129-6</td><td>Stadtbahnbauarbeiten</td></tr><tr><td>45262330-3</td><td>Betonreparaturarbeiten</td></tr><tr><td>45453000-7</td><td>Überholungs- und Sanierungsarbeiten</td></tr><tr><td>45453100-8</td><td>Sanierungsarbeiten</td></tr><tr><td>45454100-5</td><td>Mit Instandsetzungsarbeiten verbundene Arbeiten</td></tr></table>	Code	Bezeichnung	45234128-9	Bau von Straßenbahnhaltestellen	45234129-6	Stadtbahnbauarbeiten	45262330-3	Betonreparaturarbeiten	45453000-7	Überholungs- und Sanierungsarbeiten	45453100-8	Sanierungsarbeiten	45454100-5	Mit Instandsetzungsarbeiten verbundene Arbeiten
Code	Bezeichnung														
45234128-9	Bau von Straßenbahnhaltestellen														
45234129-6	Stadtbahnbauarbeiten														
45262330-3	Betonreparaturarbeiten														
45453000-7	Überholungs- und Sanierungsarbeiten														
45453100-8	Sanierungsarbeiten														
45454100-5	Mit Instandsetzungsarbeiten verbundene Arbeiten														

ANGEBOTE

Mehrere Hauptangebote zugelassen	Mehrere Hauptangebote sind zulässig
Nebenangebote	Nebenangebote sind nicht zugelassen
Nachlass	Ja
Skonto zugelassen	Nein
Skonto Zahlungsziel	Tag(e)
Verwendung elektronischer Mittel	Die Einreichung der Angebote/Teilnahmeanträge darf nur elektronisch erfolgen
URL für elektronische Angebote	https://www.deutsche-evergabe.de/Dashboards/Dashboard_off
Zulässige Signaturen	Textform nach §126b BGB

SONSTIGE ANGABEN

Vertragsart	Werkvertrag
-------------	-------------

TERMINE

ALLGEMEIN

Vorausgegangene Vorinformation	Nein
Besondere Dringlichkeit	Nein

BEKANNTMACHUNG

Vorinformation	
Bekanntmachung	01.06.2026

ANGEBOTE UND BEWERTUNG

Angebotsfrist	01.07.2026 12:00:00
---------------	---------------------

Frist Bieterfragen	24.06.2026 12:00
Eröffnungstermin	01.07.2026 12:00:00
Bindefrist	30.07.2026
Versand Vorabinformation	

AUFTRAGSDAUER

Beginn	03.09.2026
Ende	12.11.2026
Anmerkungen	

ELEKTRONISCHE TEILNAHME

Bitte melden Sie sich auf der Bekanntmachungsplattform unter https://www.deutsche-evergabe.de/Dashboards/Dashboard_off mit Ihrem Benutzernamen und Ihrem Passwort an.

Sofern Sie im System noch nicht registriert sind, können Sie dies auf der Plattform vornehmen. Die Registrierung ist kostenfrei.

Anschließend können Sie auf der Startseite bspw. nach dem Titel des Verfahrens über die Direktsuche als Suchbegriff suchen. Folgen Sie anschließend der Anleitung im System, um an dem Verfahren teilzunehmen.

BIETERFRAGEN

Bieterfragen müssen bis spätestens 24.06.2026 12:00 Uhr eingegangen sein. Für später eingehende Fragen wird deren Beantwortung nicht zugesichert. Bieterfragen müssen unter "Nachrichten" im eVergabe Bieterassistenten gestellt, sowie Antworten dort geprüft werden. Den Assistenten erreichen Sie unter folgender Adresse: https://www.deutsche-evergabe.de/Dashboards/Dashboard_off. Fragen auf anderen Kommunikationswegen, wie telefonische, schriftliche oder E-Mail Anfragen werden nicht beantwortet.

Hinweis: Sie erhalten unmittelbar nach Beantwortung einer Bieterfrage eine Benachrichtigung per E-Mail über das Vorliegen von Antworten im Bieterassistenten. Sie müssen daher alle Antworten im Assistenten prüfen und dort zur Kenntnis nehmen.

Vergabestelle

ÜSTRA Hannoversche Verkehrsbetriebe Aktiengesellschaft

Bereich Einkauf und Logistik

Am Hohen Ufer 6

30159 Hannover

Deutschland

Datum der Versendung **01.06.2026**

Vergabeart

- ☒ Öffentliche Ausschreibung
 Beschränkte Ausschreibung mit Teilnahmewettbewerb
 Beschränkte Ausschreibung ohne Teilnahmewettbewerb
 Freihändige Vergabe
☐ Internationale NATO-Ausschreibung

Ablauf der Angebotsfrist

Datum 01.07.2026 Uhrzeit 12:00:00

Eröffnungstermin

Datum 01.07.2026 Uhrzeit 12:00:00

Ort

Raum

Bindefrist endet am 30.07.2026

Aufforderung zur Abgabe eines Angebots

(Vergabeverfahren gemäß Abschnitt 1 der VOB/A)

Bezeichnung der Bauleistung:

Maßnahmennummer Baumaßnahme

540 003 171.1

Vergabenummer

Leistung

2026341829 Betonsanierung D-Süd - an den Hochbahnsteigen Bleekstraße, Annastift und Tiergarten

Anlagen**A) die beim Bieter verbleiben und im Vergabeverfahren zu beachten sind:**

- ☒ 212 Teilnahmebedingungen (Ausgabe 2019)
☒ 216 Verzeichnis der im Vergabeverfahren vorzulegenden Unterlagen
☐ 227 Zuschlagskriterien
☐ 242 Instandhaltung
☐ Informationen zur Datenerhebung
☒ Hinweis weitere Unterlagen

B) die beim Bieter verbleiben und Vertragsbestandteil werden:

- ☒ Teile der Leistungsbeschreibung: Baubeschreibung, Pläne, sonstige Anlagen
☒ 214 Besondere Vertragsbedingungen
☐ 225 Stoffpreisgleitklausel
☐ 228 Nichteisenmetalle
☐ 241 Abfall
☐ 244 Datenverarbeitung
☐ 246 Aufträge für Gaststreitkräfte
☐ 247 Aufträge mit besonderen Anforderungen aufgrund Geheimhaltung oder Sabotageschutz
☐ 247 MIL Bauaufträge in militärisch genutzten Liegenschaften
☐ 625 NATO Infrastrukturbauten
☒ 721 – WBVB(B)ÜSTRA
☒ 725 – Vorlage Bautagesbericht; 729 – Vorlage Stundenlohnzettel
☒ 744 – Mitarbeiterliste
☒ 745 – Allgemeine Auftrags- und Zahlungsbedingungen ÜSTRA AG

C) die, soweit erforderlich, ausgefüllt mit dem Angebot einzureichen sind:

- ☒ 213 Angebotsschreiben
- ☒ Teile der Leistungsbeschreibung: Leistungsverzeichnis/Leistungsprogramm
- ☐ 124 Eigenerklärung zur Eignung
- ☐ 125 Sicherheitsauskunft und Verpflichtungserklärung Teilnehmer
- ☒ 221/222 Angaben zur Preisermittlung entsprechend Formblatt 221 oder 222
- ☐ 224 Angebot Lohnleitklausel
- ☒ 233 Nachunternehmerleistungen
- ☐ 234 Erklärung Bieter-/Arbeitsgemeinschaft
- ☐ 248 Erklärung zur Verwendung von Holzprodukten
- ☐ Vertragsformular für Instandhaltung: _____
- ☐ _____
- ☐ _____
- ☐ _____

D) die ausgefüllt auf gesondertes Verlangen der Vergabestelle einzureichen sind:

- ☐ 126 Sicherheitsauskunft und Verpflichtungserklärung – Nachunternehmer/Unterauftragnehmer
- ☐ 223 Aufgliederung der Einheitspreise entsprechend Formblatt 223
- ☐ _____
- ☐ _____

1 ☒ Es ist beabsichtigt, die in beigefügter Leistungsbeschreibung bezeichneten Bauleistungen im Namen und für Rechnung

ÜSTRA Hannoversche Verkehrsbetriebe AG
Am Hohen Ufer 6
30159 Hannover

zu vergeben.

- ☐ **Es ist beabsichtigt, die in beigefügtem Vertragsformular bezeichneten Instandhaltungsleistungen im Namen und für Rechnung**

zu vergeben.

2 Kommunikation

Die Kommunikation erfolgt

- ☒ elektronisch über die Vergabeplattform
- ☐ auf andere Weise (schriftlich/Textform)
- ☒ in Kombination: bis zur Angebots(er)öffnung elektronisch über die Vergabeplattform; danach schriftlich oder in Textform

Stelle

ÜSTRA Hannoversche Verkehrsbetriebe Aktiengesellschaft

Straße Am Hohen Ufer 6

Fax

PLZ/Ort 30159 Hannover

E-Mail info@uestra.de

3 Unterlagen (Erklärungen, Angaben, Nachweise)**3.1 Folgende Unterlagen sind mit dem Angebot einzureichen:**

- ☒ siehe Formblatt Verzeichnis der im Vergabeverfahren vorzulegenden Unterlagen
- ☒ siehe (Auftrags)Bekanntmachung
- ☒ siehe Unterlagen gemäß 211 C

3.2 - frei -

3.3 Nachforderung

Fehlende Unterlagen, deren Vorlage mit dem Angebot gefordert war, werden

- ☒ nachgefordert.
☐ teilweise nachgefordert, und zwar folgende Unterlagen:

- ☐ nicht nachgefordert.

3.4 Folgende Unterlagen sind auf gesondertes Verlangen der Vergabestelle vorzulegen:

- ☒ siehe Formblatt Verzeichnis der im Vergabeverfahren vorzulegenden Unterlagen

☐

☐

4 Losweise Vergabe

- ☒ nein
 ja, Angebote sind möglich
☐ nur für ein Los
☐ für ein Los oder mehrere Lose

- ☐ nur für alle Lose (alle Lose müssen angeboten werden)

5 Mehrere Hauptangebote

Die Abgabe von mehr als einem Hauptangebot ist

- ☒ zugelassen.
 Werden mehrere Hauptangebote abgegeben, muss jedes aus sich heraus zuschlagsfähig sein.
 § 13 Absatz 1 Nummer 2 VOB/A gilt für jedes Hauptangebot.
☐ nicht zugelassen.

6 Nebenangebote

- 6.1** ☒ Nebenangebote sind nicht zugelassen, Nummer 4 der Teilnahmebedingungen gilt nicht.
6.2 ☐ Nebenangebote sind zugelassen (siehe auch Nummer 4 der Teilnahmebedingungen) - ausgenommen Nebenangebote, die ausschließlich Preisnachlässe mit Bedingungen beinhalten -
☐ für die gesamte Leistung
☐ nur für nachfolgend genannte Bereiche:

- ☐ mit Ausnahme nachfolgend genannter Bereiche:

unter folgenden weiteren Bedingungen:

- ☐ nur in Verbindung mit einem Hauptangebot
☐

7 Angebotswertung

Kriterien für die Wertung der Haupt- und ggf. Nebenangebote

☒ Zuschlagskriterium Preis

Der Preis wird aus der Wertungssumme des Angebotes ermittelt.

Die Wertungssummen werden ermittelt aus den nachgerechneten Angebotssummen, insbesondere unter Berücksichtigung von Nachlässen, Erstattungsbetrag aus der Lohngleitklausel, Instandhaltungsangeboten.

☐ Mehrere Zuschlagskriterien gemäß Formblatt Zuschlagskriterien

Werkstätten für Behinderte wird bei der Berechnung der Wertungssumme ein Bonus von 15 Prozent eingeräumt.

Ist ein Angebot, das von einer Werkstatt für Behinderte abgegeben wurde, ebenso wirtschaftlich wie ein anderes Angebot, so wird der Zuschlag auf das Angebot der Werkstatt für Behinderte erteilt.

Der Nachweis der Eigenschaft als Werkstätte für Behinderte ist mit dem Angebot zu führen.

8 Zugelassene Angebotsabgabe

Elektronisch

☒ in Textform ☐ mit fortgeschrittener/m Signatur/Siegel ☐ mit qualifizierter/m Signatur/Siegel

Bei elektronischer Angebotsübermittlung in Textform muss der Bieter zu erkennen sein; falls vorgegeben, ist das Angebot mit der geforderten Signatur/dem geforderten Siegel zu versehen.

Das Angebot ist zusammen mit den Anlagen bis zum Ablauf der Angebotsfrist über die Vergabepattform der Vergabestelle zu übermitteln.

☐ Schriftlich

Das beigelegte Angebotsschreiben ist zu unterzeichnen und zusammen mit den Anlagen in verschlossenem Umschlag bis zum Ablauf der Angebotsfrist an folgende Anschrift zu senden oder dort abzugeben:

☐ siehe Briefkopf

☐ Stelle:

Der Umschlag ist außen mit Namen (Firma) und Anschrift des Bieters und der Angabe

„Angebot für

Maßnahmennummer: 540 003 171.1	Baumaßnahme:
Vergabenummer: 2026341829	Leistung: Betonanierung D-Süd - an den Hochbahnsteigen Bleekstraße, Annastift und Tiergarten

”

zu versehen, ggf. unter Verwendung eines bereit gestellten Kennzettels.

9 Stelle, an die sich der Bewerber oder Bieter zur Nachprüfung behaupteter Verstöße gegen die Vergabebestimmungen wenden kann (Nachprüfungsstelle nach § 21 VOB/A):

10

Teilnahmebedingungen für die Vergabe von Bauleistungen

Einheitliche Fassung

Das Vergabeverfahren erfolgt nach der "Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen", Teil A "Allgemeine Bestimmungen für die Vergabe von Bauleistungen" (VOB/A, Abschnitt 1).

1 Mitteilung von Unklarheiten in den Vergabeunterlagen

Enthalten die Vergabeunterlagen nach Auffassung des Unternehmens Unklarheiten, Unvollständigkeiten oder Fehler, so hat es unverzüglich die Vergabestelle vor Angebotsabgabe in Textform darauf hinzuweisen.

2 Unzulässige Wettbewerbsbeschränkungen

Angebote von Bietern, die sich im Zusammenhang mit diesem Vergabeverfahren an einer unzulässigen Wettbewerbsbeschränkung beteiligen, werden ausgeschlossen.

Zur Bekämpfung von Wettbewerbsbeschränkungen hat der Bieter auf Verlangen Auskünfte darüber zu geben, ob und auf welche Art er wirtschaftlich und rechtlich mit Unternehmen verbunden ist.

3 Angebot

3.1 Das Angebot ist in deutscher Sprache abzufassen.

3.2 Für das Angebot sind die von der Vergabestelle vorgegebenen Vordrucke zu verwenden. Das Angebot ist bis zu dem von der Vergabestelle angegebenen Ablauf der Angebotsfrist einzureichen. Ein nicht form- oder fristgerecht eingereichtes Angebot wird ausgeschlossen.

3.3 Eine selbstgefertigte Abschrift oder Kurzfassung des Leistungsverzeichnisses ist zulässig.

Die von der Vergabestelle vorgegebene Langfassung des Leistungsverzeichnisses ist allein verbindlich.

3.4 Unterlagen, die von der Vergabestelle nach Angebotsabgabe verlangt werden, sind zu dem von der Vergabestelle bestimmten Zeitpunkt einzureichen.

3.5 Alle Eintragungen müssen dokumentenecht sein.

3.6 Ein Bieter, der in seinem Angebot die von ihm tatsächlich für einzelne Leistungspositionen geforderten Einheitspreise auf verschiedene Einheitspreise anderer Leistungspositionen verteilt, benennt nicht die von ihm geforderten Preise. Deshalb werden Angebote, bei denen der Bieter die Einheitspreise einzelner Leistungspositionen in „Mischkalkulationen“ auf andere Leistungspositionen umlegt, von der Wertung ausgeschlossen.

3.7 Alle Preise sind in Euro mit höchstens drei Nachkommastellen anzugeben.

Die Preise (Einheitspreise, Pauschalpreise, Verrechnungssätze usw.) sind ohne Umsatzsteuer anzugeben. Der Umsatzsteuerbetrag ist unter Zugrundelegung des geltenden Steuersatzes am Schluss des Angebotes hinzuzufügen.

Es werden nur Preisnachlässe gewertet, die

- ohne Bedingungen als Vomhundertsatz auf die Abrechnungssumme gewährt werden

und

- an der im Angebotsschreiben bezeichneten Stelle aufgeführt sind.

Nicht zu wertende Preisnachlässe bleiben Inhalt des Angebotes und werden im Fall der Auftragserteilung Vertragsinhalt.

4 Nebenangebote

4.1 Soweit an Nebenangebote Mindestanforderungen gestellt sind, müssen diese erfüllt werden; im Übrigen müssen sie im Vergleich zur Leistungsbeschreibung qualitativ und quantitativ gleichwertig sein. Die Erfüllung der Mindestanforderungen bzw. die Gleichwertigkeit ist mit Angebotsabgabe nachzuweisen.

4.2 Der Bieter hat die in Nebenangeboten enthaltenen Leistungen eindeutig und erschöpfend zu beschreiben; die Gliederung des Leistungsverzeichnisses ist, soweit möglich, beizubehalten.

Nebenangebote müssen alle Leistungen umfassen, die zu einer einwandfreien Ausführung der Bauleistung erforderlich sind.

Soweit der Bieter eine Leistung anbietet, deren Ausführung nicht in Allgemeinen Technischen Vertragsbedingungen oder in den Vergabeunterlagen geregelt ist, hat er im Angebot entsprechende Angaben über Ausführung und Beschaffenheit dieser Leistung zu machen.

4.3 Nebenangebote sind, soweit sie Teilleistungen (Positionen) des Leistungsverzeichnisses beeinflussen (ändern, ersetzen, entfallen lassen, zusätzlich erfordern), nach Mengenansätzen und Einzelpreisen aufzugliedern (auch bei Vergütung durch Pauschalsumme).

- 4.4 Nebenangebote, die den Nummern 4.1 bis 4.3 nicht entsprechen, werden von der Wertung ausgeschlossen.

5 Bietergemeinschaften

- 5.1 Die Bietergemeinschaft hat mit ihrem Angebot eine Erklärung aller Mitglieder in Textform abzugeben,
- in der die Bildung einer Arbeitsgemeinschaft im Auftragsfall erklärt ist,
 - in der alle Mitglieder aufgeführt sind und der für die Durchführung des Vertrags bevollmächtigte Vertreter bezeichnet ist,
 - dass der bevollmächtigte Vertreter die Mitglieder gegenüber dem Auftraggeber rechtsverbindlich vertritt,
 - dass alle Mitglieder als Gesamtschuldner haften.

Auf Verlangen der Vergabestelle ist eine von allen Mitgliedern unterzeichnete bzw. fortgeschritten oder qualifiziert signierte/mit Siegel versehene Erklärung abzugeben

- 5.2 Sofern nicht öffentlich ausgeschrieben wird, werden Angebote von Bietergemeinschaften, die sich erst nach der Aufforderung zur Angebotsabgabe aus aufgeführten Unternehmen gebildet haben, nicht zugelassen.

6 Nachunternehmen

Beabsichtigt der Bieter Teile der Leistung von Nachunternehmen ausführen zu lassen, muss er in seinem Angebot Art und Umfang der durch Nachunternehmen auszuführenden Leistungen angeben und auf Verlangen die vorgesehenen Nachunternehmen benennen.

7 Eignung

7.1 Öffentliche Ausschreibung

Präqualifizierte Unternehmen führen den Nachweis der Eignung durch den Eintrag in die Liste des Vereins für die Präqualifikation von Bauunternehmen e.V. (Präqualifikationsverzeichnis) und ggf. ergänzt durch geforderte auftragsspezifische Einzelnachweise. Bei Einsatz von Nachunternehmen ist auf gesondertes Verlangen nachzuweisen, dass diese präqualifiziert sind oder die Voraussetzung für die Präqualifikation erfüllen, ggf. ergänzt durch geforderte auftragsspezifische Einzelnachweise.

Nicht präqualifizierte Unternehmen haben als vorläufigen Nachweis der Eignung mit dem Angebot die ausgefüllte „Eigenerklärung zur Eignung“ vorzulegen, ggf. ergänzt durch geforderte auftragsspezifische Einzelnachweise. Bei Einsatz von Nachunternehmen sind auf gesondertes Verlangen die Eigenerklärungen auch für diese abzugeben ggf. ergänzt durch geforderte auftragsspezifische Einzelnachweise. Sind die Nachunternehmen präqualifiziert, reicht die Angabe der Nummer, unter der diese in der Liste des Vereins für die Präqualifikation von Bauunternehmen e.V. (Präqualifikationsverzeichnis) geführt werden ggf. ergänzt durch geforderte auftragsspezifische Einzelnachweise.

Gelangt das Angebot in die engere Wahl, sind die Eigenerklärungen (auch die der benannten Nachunternehmen) auf gesondertes Verlangen durch Vorlage der in der „Eigenerklärung zur Eignung“ genannten Bescheinigungen zuständiger Stellen zu bestätigen. Bescheinigungen, die nicht in deutscher Sprache abgefasst sind, ist eine Übersetzung in die deutsche Sprache beizufügen.

7.2 Beschränkte Ausschreibungen/Freihändige Vergaben

Ist der Einsatz von Nachunternehmen vorgesehen, müssen **präqualifizierte Unternehmen** der engeren Wahl auf gesondertes Verlangen nachweisen, dass die von ihnen vorgesehenen Nachunternehmen präqualifiziert sind oder die Voraussetzung für die Präqualifizierung erfüllen, ggf. ergänzt durch geforderte auftragsspezifische Einzelnachweise.

Gelangt das Angebot **nicht präqualifizierter Unternehmen** in die engere Wahl, sind auf gesondertes Verlangen die in der „Eigenerklärung zur Eignung“ genannten Bescheinigungen zuständiger Stellen vorzulegen. Ist der Einsatz von Nachunternehmen vorgesehen, müssen die Eigenerklärungen und Bescheinigungen auch für die benannten Nachunternehmen vorgelegt bzw. die Nummern angegeben werden, unter denen die benannten Nachunternehmen in der Liste des Vereins für die Präqualifikation von Bauunternehmen e.V. (Präqualifikationsverzeichnis) geführt werden, ggf. ergänzt durch geforderte auftragsspezifische Einzelnachweise. Bescheinigungen, die nicht in deutscher Sprache abgefasst sind, ist eine Übersetzung in die deutsche Sprache beizufügen.

Die Verpflichtung zur Vorlage von Eigenerklärungen und Bescheinigungen entfällt, soweit die Eignung (Bieter und benannte Nachunternehmen) bereits im Teilnahmewettbewerb nachgewiesen ist.

Vergabenummer

2026341829

Baumaßnahme

Leistung

Betonanierung D-Süd - an den Hochbahnsteigen Bleekstraße, Annastift und Tiergarten

BESONDERE VERTRAGSBEDINGUNGEN**1 Ausführungsfristen (§ 5 VOB/B)****1.1 Fristen für Beginn und Vollendung der Leistung (=Ausführungsfristen):**

Mit der Ausführung ist zu beginnen

- ☒ am 03.09.2026
- ☐ spätestens Werktagen nach Zugang des Auftragsschreibens.
- ☐ in der KW , spätestens am letzten Werktag dieser KW.
- ☐ innerhalb von 12 Werktagen nach Zugang der Aufforderung durch den Auftraggeber (§ 5 Absatz 2 Satz 2 VOB/B). Die Aufforderung wird Ihnen voraussichtlich bis zum zugehen; Ihr Auskunftsrecht gemäß § 5 Absatz 2 Satz 1 VOB/B bleibt hiervon unberührt.
- ☐ nach der im beigefügten Bauzeitenplan ausgewiesenen Frist für den Ausführungsbeginn.

Die Leistung ist zu vollenden (abnahmereif fertig zu stellen)

- ☒ am 12.11.2026
- ☐ innerhalb von Werktagen nach vorstehend angekreuzter Frist für den Ausführungsbeginn.
- ☐ in der KW , spätestens am letzten Werktag dieser KW.
- ☐ in der im beigefügten Bauzeitenplan ausgewiesenen Fertigstellungsfrist.

1.2 Verbindliche Fristen (=Vertragsfristen) gemäß § 5 Absatz 1 VOB/B sind:

- ☒ vorstehende Frist für den Ausführungsbeginn
- ☒ vorstehende Frist für die Vollendung (abnahmereife Fertigstellung) der Leistung
- ☐ folgende als Vertragsfrist vereinbarte Einzelfristen _____
- ☐ aus dem beigefügten Bauzeitenplan:

☐**2 Vertragsstrafen (§ 11 VOB/B)****2.1 Der Auftragnehmer hat bei Überschreitung der unter 1. als Vertragsfrist vereinbarten Einzelfristen oder der Frist für die Vollendung als Vertragsstrafe für jeden Werktag des Verzugs zu zahlen:**

- ☐ _____ € (ohne Umsatzsteuer)
- ☐ _____ Prozent der im Auftragsschreiben genannten Auftragssumme ohne Umsatzsteuer; Beträge für angebotene Instandhaltungsleistungen bleiben unberücksichtigt. Die Bezugsgröße zur Berechnung der Vertragsstrafe bei der Überschreitung von als Vertragsfrist vereinbarten Einzelfristen ist der Teil dieser Auftragssumme, der den bis zu diesem Zeitpunkt vertraglich zu erbringenden Leistungen entspricht.

2.2 Die Vertragsstrafe wird auf insgesamt _____ Prozent der im Auftragsschreiben genannten Auftragssumme (ohne Umsatzsteuer) begrenzt. Bei der Überschreitung von als Vertragsfrist vereinbarten Einzelfristen ist die Vertragsstrafe auf den in Satz 1 genannten Prozentsatz des Teils der Auftragssumme (ohne Umsatzsteuer) begrenzt, der den bis zu diesem Zeitpunkt vertraglich zu erbringenden Leistungen entspricht.

- 2.3 Verwirkte Vertragsstrafen für den Verzug wegen Nichteinhaltung als Vertragsfrist vereinbarter Einzelfristen werden auf eine durch den Verzug wegen Nichteinhaltung der Frist für die Vollendung der Leistung verwirkte Vertragsstrafe angerechnet.

3 Zahlung (§ 16 VOB/B)

Aufgrund der besonderen Natur oder Merkmale der Vereinbarung wird die Frist für die Schlusszahlung gem. § 16 Absatz 3 Nummer 1 VOB/B und den Eintritt des Verzuges gem. § 16 Absatz 5 Nummer 3 VOB/B verlängert auf 30

Tage.

4 Sicherheitsleistung für die Vertragserfüllung (§ 17 VOB/B)

- ☒ Auf Sicherheit für die Vertragserfüllung wird verzichtet.
☐ Soweit die Auftragssumme mindestens 250.000 Euro ohne Umsatzsteuer beträgt, ist Sicherheit für die Vertragserfüllung in Höhe von fünf Prozent der Auftragssumme (inkl. Umsatzsteuer, ohne Nachträge) zu leisten.

5 Sicherheitsleistung für Mängelansprüche

- ☒ Auf Sicherheit für die Mängelansprüche wird verzichtet.
☐ Die Sicherheit für Mängelansprüche beträgt drei Prozent der Summe der Abschlagszahlungen zum Zeitpunkt der Abnahme (vorläufige Abrechnungssumme).

6 Bürgschaften (§ 17 VOB/B)

Wird Sicherheit durch Bürgschaft geleistet, ist dafür das jeweils einschlägige Formblatt des Auftraggebers zu verwenden, und zwar für

- | | |
|---|--|
| - die Vertragserfüllung das Formblatt | „Vertragserfüllungsbürgschaft“ |
| - die Mängelansprüche das Formblatt | „Mängelansprüchebürgschaft“ |
| - vereinbarte Vorauszahlungen und Abschlagszahlungen gem. § 16 Absatz 1 Nummer 1 Satz 3 VOB/B das Formblatt | „Abschlagszahlungs-/ Vorauszahlungsbürgschaft“ |

7 Technische Spezifikationen

Soweit im Leistungsverzeichnis auf Technische Spezifikationen (z.B. nationale Normen, mit denen europäische Normen umgesetzt werden, europäische technische Bewertungen, gemeinsame technische Spezifikationen, internationale Normen) Bezug genommen wird, werden auch ohne den ausdrücklichen Zusatz: "oder gleichwertig", immer gleichwertige Technische Spezifikationen in Bezug genommen.

8 Werbung

Werbung auf der Baustelle ist nur nach vorheriger Zustimmung des Auftraggebers zulässig.

9 frei

10 Weitere Besondere Vertragsbedingungen

Fortsetzung siehe e721 WBVB(B)/ÜSTRA

	Vergabenummer	Datum
	2026341829	
Baumaßnahme		
Leistung		
Betonsanierung D-Süd - an den Hochbahnsteigen Bleekstraße, Annastift und Tiergarten		

Ergänzung der Aufforderung zur Angebotsabgabe**Verzeichnis der im Vergabeverfahren vorzulegenden Unterlagen (Erklärungen, Angaben, Nachweise)****1 Unterlagen, die mit dem Angebot abzugeben sind****1.1 Formblätter**

- ☒ Angebotsschreiben (bei Abgabe mehrerer Hauptangebote für jedes Hauptangebot)
- ☒ Angaben zur Preisermittlung entsprechend den Formblättern 221 oder 222 (bei Abgabe mehrerer Hauptangebote für jedes Hauptangebot)
- ☐ 224 - Angebot Lohngleitklausel (wenn ein Änderungssatz angeboten wird; bei Abgabe mehrerer Hauptangebote für jedes Hauptangebot, zu dem ein Änderungssatz angeboten wird)
- ☒ 233 - Verzeichnis der Nachunternehmerleistungen (wenn Teile der Leistung an Nachunternehmer vergeben werden sollen; bei Abgabe mehrerer Hauptangebote für jedes Hauptangebot, in dem Teile der Leistung an Nachunternehmer vergeben werden sollen)
- ☐ 234 - Erklärung Bieter-/Arbeitsgemeinschaft (wenn das Angebot von einer Bietergemeinschaft abgegeben wird; bei Abgabe mehrerer Hauptangebote für jedes Hauptangebot einer Bietergemeinschaft)
- ☐ 235 - Verzeichnis der Leistungen/Kapazitäten anderer Unternehmen (wenn sich der Bieter der Kapazitäten anderer Unternehmen bedienen wird; bei Abgabe mehrere Hauptangebote für jedes Hauptangebot, in dem sich der Bieter der Kapazitäten anderer Unternehmen bedient)
- ☐ 248 - Erklärung zur Verwendung von Holzprodukten (bei Abgabe mehrerer Hauptangebote für jedes Hauptangebot)
- ☐ Vertragsformular/e Instandhaltung (bei Abgabe mehrerer Hauptangebote für jedes Hauptangebot)
- ☐
- ☐

1.2 unternehmensbezogene Unterlagen

- ☒ Angabe der PQ-Nummer im Angebotsschreiben oder Formblatt Eigenerklärung zur Eignung oder Einheitliche Europäische Eigenerklärung
- ☒ Kriterienkatalog
- ☐

1.3 Leistungsbezogene Unterlagen

- ☒ Leistungsverzeichnis mit den Preisen
 - ☒ Produktangaben in folgenden Positionen:
- s. BTE im LV (sofern enthalten)

☐
1.4 sonstige Unterlagen

- ☒ Erfüllung von Mindestanforderungen, z.B. Datenblätter, Muster, spezielle Nachweise
- ☐

2 Unterlagen, die auf Verlangen der Vergabestelle vorzulegen sind**2.1 Formblätter**

- ☐ 126 - Sicherheitsauskunft und Verpflichtungserklärung Nachunternehmer/Unterauftragnehmer
- ☐ 236 - Verpflichtungserklärung anderer Unternehmen
- ☐ Aufgliederung der Einheitspreise entsprechend Formblatt 223
- ☐
- ☐

2.2 unternehmensbezogene Unterlagen (Bestätigungen der Eigenerklärungen)

- ☐ Referenznachweise mit den im Formblatt Eigenerklärung zur Eignung genannten Angaben
- ☐ Erklärung zur Zahl der in den letzten 3 Jahren jahresdurchschnittlich beschäftigten Arbeitskräfte, gegliedert nach Lohngruppen, mit extra ausgewiesenem Leitungspersonal
- ☐ Gewerbeanmeldung, Handelsregistrauszug und Eintragung in der Handwerksrolle (Handwerkskarte) bzw. bei der Industrie- und Handelskammer
- ☐ rechtskräftig bestätigter Insolvenzplan (falls eine Erklärung über das Vorliegen eines solchen Insolvenzplanes angegeben wurde)
- ☐ Unbedenklichkeitsbescheinigung der tariflichen Sozialkasse, falls das Unternehmen beitragspflichtig ist
- ☐ Unbedenklichkeitsbescheinigung des Finanzamtes bzw. Bescheinigung in Steuersachen, falls das Finanzamt eine solche Bescheinigung ausstellt
- ☐ Freistellungsbescheinigung nach § 48b Einkommensteuergesetz
- ☐ Unbedenklichkeitsbescheinigung der Berufsgenossenschaft des zuständigen Versicherungsträgers mit Angabe der Lohnsummen
- ☐
- ☐

2.3 leistungsbezogene Unterlagen

- ☒ Produktdatenblätter benannter Fabrikate
- ☐

2.4 sonstige Unterlagen

- ☒ Urkalkulation (die Urkalkulation wird für die Prüfung der Preise geöffnet, im Anschluss wieder verschlossen)
- ☐
- ☐

infra ÜSTRA		Bautagesbericht Firma:			Projekt				Nr.				
					Wochentag		Datum						
					Wetter		Temperatur min:		max:				
							Beschreibung:						
Einsatz*)	Arbeitskräfte			Einsatzzeit		Geräte/Fahrzeuge							
	Name	Vorname	Berufsgr.	von	bis	Bezeichnung		Anz.	Std.				
vertragliche Leistungen	Bezeichnung*)			Einheit	Menge	Bezeichnung*)		Einheit	Menge				
Nebenleistungen	Bezeichnung*)			Einheit	Menge	Bezeichnung*)		Einheit	Menge				
Provisorien	Bezeichnung*)			Einheit	Menge	Bezeichnung*)		Einheit	Menge				
Lieferungen	Bezeichnung*)			Einheit	Menge	Bezeichnung*)		Einheit	Menge				
Pläne					Baustellenbesuche von *)								
Ereignisse/Behinderungen *)													
Anordnungen *)													
Unterschriften		aufgestellt Auftragnehmer		Datum / Unterschrift		geprüft Bauleiter ÜSTRA		Datum / Unterschrift		gesehen Bauherr infra		Datum / Unterschrift	

*) bei Platzmangel, Rückseite benutzen

Hinweis auf Rückseite



infra ÜSTRA	Stundenlohnzettel über außervertragliche Leistungen										lfd. Nr.		
	Bieter										Vergabenummer	Datum	
	Baumaßnahme:												
	Leistung:												
Einsatz*)	Arbeitskräfte				Daten der Arbeitstage							Stunden gesamt	Ausführliche Beschreibung der Arbeit und genaue Angaben über verbrauchte Baustoffe eigener Lieferung. Vorhalten von Geräten, Gerüsten, Maschinen, usw.
	Name	Vorname	Berufsgr.	vereinbarter Stundensatz	Mo.	Di.	Mi.	Do.	Fr.	Sa.	So.		
Geräte / Fzge	Bezeichnung*)			Anz	Std.	Bezeichnung*)						Anz	Std.
Materialien	Bezeichnung*)			Anz	Std.	Bezeichnung*)						Anz	Std.
Sonstiges	Bezeichnung*)			Anz	Std.	Bezeichnung*)						Anz	Std.
Anordnungen *)													
Unter schriften		aufgestellt Auftragnehmer								geprüft Bauleiter ÜSTRA			
				Datum / Unterschrift								Datum / Unterschrift	
*) bei Platzmangel, Rückseite benutzen													
Fortsetzung auf Rückseite													



Allgemeine Auftrags- und Zahlungsbedingungen der ÜSTRA Hannoversche Verkehrsbetriebe Aktiengesellschaft (ÜSTRA)

§ 1 Allgemeines

1. Diese Allgemeinen Auftrags- und Zahlungsbedingungen (AGB) gelten zwischen ÜSTRA und ihren Auftragnehmern in der zum Zeitpunkt der Bestellung der ÜSTRA als Auftraggeber gültigen bzw. jedenfalls in der dem Auftragnehmer zuletzt in Textform mitgeteilten Fassung für Verträge über Liefer- und Dienstleistungen (nachfolgend: Lieferungen und/oder Leistungen) einschließlich Nachtragsvereinbarungen, sofern der Auftragnehmer Unternehmer, juristische Personen des öffentlichen Rechts oder öffentlich-rechtliches Sondervermögen ist.
2. Diese AGB haben keine Geltung gegenüber Verbrauchern.
3. Für Verträge über Bauleistungen sowie diesbezügliche Nachtragsvereinbarungen gelten diese AGB nur insoweit, als Regelungen außerhalb des Anwendungsbereichs der VOB/B getroffen werden und die Geltung der VOB/B im Ganzen nicht berührt wird.
4. Entgegenstehende, ergänzende oder abweichende Geschäftsbedingungen des Auftragnehmers gelten nur dann, wenn sie von der ÜSTRA ausdrücklich und schriftlich oder in Textform angenommen bzw. bestätigt worden sind. Das Gleiche gilt, vorbehaltlich des Gegenbeweises, für im Einzelfall mit dem Auftragnehmer getroffene individuelle Vereinbarungen.
5. Die Entgegennahme von Lieferungen/Leistungen durch die ÜSTRA stellt keine Annahme von Geschäftsbedingungen des Auftragnehmers dar.
6. Hinweise auf die Geltung gesetzlicher Vorschriften haben nur klarstellende Bedeutung. Auch ohne eine derartige Klarstellung gelten daher die gesetzlichen Vorschriften, soweit sie in diesen AGB nicht unmittelbar abgeändert oder ausdrücklich ausgeschlossen werden.

§ 2 Bestellung, Unterrichtungs- und Mitwirkungsverpflichtungen

1. Aufträge sind nur verbindlich, wenn sie in Schrift oder in Textform erteilt wurden. Mündliche Aufträge, auch Nachtragsaufträge (Erweiterungs- oder Zusatzaufträge) werden nur wirksam, wenn sie von der ÜSTRA unverzüglich schriftlich oder in Textform bestätigt werden. Die ÜSTRA kann ihren Auftrag widerrufen, wenn ihn der Auftragnehmer nicht innerhalb von zwei Wochen nach Eingang schriftlich oder in Textform angenommen hat (Auftragsbestätigung).
2. Die Vertragsparteien verpflichten sich im Rahmen des Vertragsverhältnisses, alle erforderlichen Maßnahmen zur Vermeidung von Korruption, anderen strafbaren Handlungen sowie sonstigen schweren Verfehlungen zu ergreifen. Sie verpflichten sich insbesondere, in ihren Unternehmen alle notwendigen Vorsichtsmaßnahmen zu ergreifen, um schwere Verfehlungen zu vermeiden.
3. Der Auftragnehmer ist auf Verlangen der ÜSTRA verpflichtet, unverzüglich eine Unbedenklichkeitsbescheinigung des zuständigen Finanzamtes und der jeweils zuständigen Krankenkasse vorzulegen.
4. Die Bescheinigung des Finanzamtes darf nicht älter als zwölf (12) Monate, die der Krankenkassen darf nicht älter als sechs (6) Monate sein.
5. Der Auftragnehmer kommt seinen gesetzlichen und vertraglichen Mitwirkungsverpflichtungen mit der Sorgfalt eines ordentlichen Kaufmanns nach. Der Auftragnehmer muss die zur Vertragserfüllung erforderlichen Informationen und Unterlagen aus seinem Machtbereich zur Verfügung stellen.

§ 3 Unterlagen zur Ausführung, Genehmigungen

1. Ohne Zustimmung der ÜSTRA dürfen die dem Auftragnehmer durch die ÜSTRA überlassenen Unterlagen (die ÜSTRA behält sich stets Eigentums- und Urheberrechte vor) Dritten nicht zugänglich gemacht, nicht vervielfältigt und nicht für einen anderen als den vereinbarten Zweck genutzt werden. Sie können jederzeit von der ÜSTRA zurückverlangt werden. Ein Zurückbehaltungsrecht des Auftragnehmers ist ausgeschlossen.
2. Die ÜSTRA ist berechtigt, die vom Auftragnehmer gelieferten Unterlagen für Schulungen und Instandhaltung sowie nach Vereinbarung im Einzelfall auch für weitergehende Zwecke zu vervielfältigen und zu verwenden.
3. Soweit mit bzw. für die Verwendung von Lieferungen und Leistungen Zulassungen oder Genehmigungen bei Behörden erforderlich sind, obliegt deren Einholung dem Auftragnehmer. Ausgenommen sind Firmenfahrzeuge, die für die ÜSTRA bestimmt sind. Genehmigungen und Zulassungen von Behörden müssen uneingeschränkt im Hinblick auf den vereinbarten oder erkennbaren Verwendungszweck gültig sein.
4. Für die vom Auftragnehmer mitzuliefernden oder vorzuhaltenden Gegenstände (Stoffe, Geräte und dergleichen) trifft die ÜSTRA keine Schutzpflicht oder sonstige Haftung.
5. Die Haftung für vorsätzliches oder grob fahrlässiges Verhalten bleibt hiervon unberührt.

§ 4 Übertragung des Auftrages an Dritte

Der Auftragnehmer erbringt die vertragsgegenständlichen Leistungen selbst oder durch eigene Arbeitnehmer. Die vollständige oder teilweise Übertragung des Auftrages auf oder die Vergabe von Unteraufträgen an Dritte ist nur nach vorheriger Zustimmung der ÜSTRA in Schrift- oder Textform zulässig. Der Auftragnehmer verpflichtet sich, die Regelungen des NTVergG zum Einsatz von Nachunternehmen und die diesbezüglichen Anforderungen zu beachten und für deren Beachtung auch durch die Nachunternehmen zu sorgen.

§ 5 Liefergegenstand, Leistungen des Auftragnehmers

1. Lieferungen sind Montag bis Freitag von 07:00 bis 14:00 Uhr am Empfang der ÜSTRA oder bei der im Auftragschreiben angegebenen Annahmestelle auszuliefern, soweit nichts anderes vereinbart ist.
2. Die ÜSTRA hat das Recht, die vertragsgemäße Ausführung der Leistung jederzeit zu überwachen. Die Regelungen des § 14 NTVergG bleiben davon unberührt.
3. Die Lieferungen und Leistungen sind nach dem im Zeitpunkt der Lieferung/Leistung am Erfüllungsort bzw. erfolgreichen Abnahme geltenden Regeln der Technik und gesetzlichen Vorschriften zu erbringen, insbesondere im Hinblick auf Produkt- und Arbeitssicherheit, Umwelt- und Sozialstandards, Kennzeichnung, Verbraucherschutz, duales System und Unfallverhütung.
4. Zur ordnungsgemäßen Erfüllung des Auftrages (Hauptpflichten) gehören insb. auch:

- a) Lieferschein bzw. sonstiger Leistungsnachweise,
 - b) die Durchführung aller behördlich geforderten Prüfungen (einschl. DEKRA, TÜV, die Verordnung über den Bau und Betrieb der Straßenbahnen - BOStab) sowie
 - c) die Übergabe aller Bedienungs- bzw. Gebrauchsanleitungen sowie Begleitpapiere (wie Sicherheitsdatenblätter), Abnahmezeugnisse, Werkzertifikate, sonstige Unterlagen, die im Zusammenhang mit dem Auftragsverhältnis stehen und solche, die durch den Auftragnehmer im Rahmen der Auftragsausführung erstellt worden sind.
5. Fehlen die in Ziffer 4 aufgeführten Unterlagen oder werden diese aufgrund nachträglicher Anforderung erst dann zur Verfügung gestellt, ist die ÜSTRA berechtigt, unbeschadet weiterer Ansprüche die vertraglichen und gesetzlichen Nacherfüllungsansprüche geltend zu machen.

§ 6 Fristen und Verzug

1. Die in einer Bestellung/einem Auftrag angegebenen Lieferfristen, Leistungszeiten und Termine sind bindend. Der Auftragnehmer trägt das Beschaffungsrisiko für seine Leistungen, wenn nicht im Einzelfall etwas anderes vereinbart ist.
2. Es ist unverzüglich zu leisten, sofern nicht eine Leistungsfrist schriftlich oder in Textform vereinbart worden ist.
3. Wird die Leistungsfrist überschritten, so hat der Auftragnehmer unverzüglich, bevor er leistet, die ÜSTRA schriftlich oder in Textform über Umstände und die Verzögerung zu informieren und das Einverständnis der ÜSTRA mit der verspäteten Leistung schriftlich oder in Textform einzuholen. Andernfalls ist die ÜSTRA berechtigt, die Annahme auf Kosten des Auftragnehmers zu verweigern. Andere Rechte und Ansprüche werden dadurch nicht berührt.

§ 7 Erfüllungsort, Abnahme, Verpackung

1. Erfüllungsort ist, sofern nicht ausdrücklich schriftlich etwas anderes vereinbart wurde, der Ort der im Vertrag festgelegten Empfangsstelle der ÜSTRA.
2. Für die Abnahme von Leistungen ist ausschließlich die in dem Auftragschreiben bezeichnete Stelle der ÜSTRA zuständig.
3. Für jede Lieferung/Leistung des Auftragnehmers haben die Übergabe und die Abnahme an dieser Empfangsstelle gegen Bestätigung zu erfolgen, soweit nicht eine gesonderte Abnahme der Lieferung/Leistung vereinbart ist.
4. Lieferungen sind sachgemäß zu verpacken und, sofern vereinbart, zu versenden.
5. Die Kosten für Transport und Verpackung sind im Festpreis enthalten, sofern nicht schriftlich etwas anderes vereinbart ist.

6. Auf Verlangen der ÜSTRA hat der Auftragnehmer auf seine Kosten die Verpackungsmaterialien entsprechend der Verpackungsordnung von der Empfangsstelle abzuholen und zu entsorgen.
7. Der Auftragnehmer ist auf Verlangen der ÜSTRA verpflichtet, den schriftlichen Nachweis zu erbringen, dass die verwendeten Verpackungen in einem zugelassenen Verpackungsrücknahmesystem lizenziert sind und die Entsorgungskosten dadurch schon bezahlt sind bzw. alle Transport- und Umverpackungen kostenlos entsprechend der Verpackungsverordnung zurückzunehmen.

§ 8 Gefahrübergang, Rügefrist, Eigentumsübergang, Mängelansprüche

1. Die Gefahr geht erst mit der Übergabe gegen Empfangsbestätigung bzw. mit der Abnahme an der vereinbarten Empfangsstelle, bei Versendung an den vereinbarten Bestimmungsort, auf den Auftraggeber über.
2. Fälle von höherer Gewalt, Streik oder Aussperrung schließen die Befreiung der ÜSTRA von der Pflicht, die Lieferung/Leistung entgegenzunehmen, nicht aus.
3. Die ÜSTRA prüft die Lieferung/Leistung innerhalb einer angemessenen Frist auf Mängel. Die Rüge gilt als rechtzeitig i. S. d. § 377 HGB erfolgt, wenn sie innerhalb von zwei Wochen abgegeben wird. Die Frist beginnt bei offensichtlichen Qualitäts- oder Quantitätsabweichungen mit der Übergabe der Lieferung/Leistung an die Empfangsstelle bzw. mit Eingang bei der ÜSTRA am Bestimmungsort und bei verdeckten Qualitäts- oder Quantitätsabweichungen mit deren Entdeckung.
4. Die ÜSTRA ist berechtigt, dem Auftragnehmer nach Verstreichen einer ihm gesetzlich angemessenen Frist zur Abholung die Leistung/Lieferung bzw. Teillieferung/Teilleistung auf seine Kosten zurückzusenden. Ein Gefahrübergang auf die ÜSTRA findet in diesen Fällen nicht vor der erneuten vertragsgemäßen Übergabe gegen Empfangsbestätigung bzw. Abnahme statt.
5. Das Eigentum geht mit dem Zeitpunkt der Übergabe gegen Empfangsbestätigung bzw. mit der Abnahme an der Empfangsstelle oder bei der Versendung am vereinbarten Bestimmungsort, ohne Vorbehalt irgendwelcher Rechte für den Auftragnehmer, ohne Rücksicht auf die Zahlung der Vergütung, auf die ÜSTRA über.
6. Für den Eintritt des Annahmeverzuges der ÜSTRA gelten die gesetzlichen Vorschriften. Der Auftragnehmer muss seine Leistung aber auch dann ausdrücklich anbieten, wenn für eine Handlung oder Mitwirkung der ÜSTRA (z.B. Beistellung von Material) eine bestimmte oder bestimmbare Kalenderzeit vereinbart ist.
7. Gerät die ÜSTRA in Annahmeverzug, so kann der Auftragnehmer nach den gesetzlichen Vorschriften Ersatz seiner Mehraufwendungen verlangen, § 304 BGB. Betrifft der Vertrag eine vom Auftragnehmer herzustellende, unvertretbare Sache (Einzelanfertigung), so stehen ihm weitergehende Rechte nur zu, wenn sich die ÜSTRA zur Mitwirkung verpflichtet und das Unterbleiben der Mitwirkung zu vertreten hat.
8. Abweichend von § 442 Abs. 1 S. 2 BGB stehen der ÜSTRA Mängelansprüche uneingeschränkt auch dann zu, wenn ihr der Mangel bei Vertragsschluss infolge grober Fahrlässigkeit unbekannt geblieben ist.
9. Zur Nacherfüllung gehört auch der Ausbau der mangelhaften Ware und der erneute Einbau, sofern die Ware ihrer Art und ihrem Verwendungszweck gemäß in eine andere Sache eingebaut oder an einer anderen Sache angebracht wurde. Der gesetzliche Anspruch der ÜSTRA auf Ersatz entsprechender Aufwendungen bleibt unberührt. Die zum Zwecke der Prüfung und Nacherfüllung erforderlichen Aufwendungen trägt der Auftragnehmer auch dann, wenn sich herausstellt, dass tatsächlich kein Mangel vorlag. Die Schadensersatzhaftung der ÜSTRA bei unberechtigtem Mängelbeseitigungs-verlangen bleibt unberührt; insoweit haftet die ÜSTRA jedoch nur, wenn sie erkannt oder grob fahrlässig nicht erkannt hat, dass kein Mangel vorlag.

§ 9 Beistellungen, Eigentumsvorbehalt

1. Überlässt die ÜSTRA dem Auftragnehmer Gegenstände, egal welcher Art, prüft dieser bei Erhalt umgehend die Ordnungsmäßigkeit, Funktionsfähigkeit und Mangelfreiheit der überlassenen Gegenstände. Es ist hierüber ein schriftliches Übergabeprotokoll anzufertigen.
2. Sofern die ÜSTRA Sachen beim Auftragnehmer bestellt, behält sie sich hieran das Eigentum vor. Der Auftragnehmer ist verpflichtet, diese Sachen unentgeltlich und getrennt von anderen Sachen als Eigentum der ÜSTRA zu kennzeichnen und zu verwalten. Ihre Verwendung ist nur für Aufträge der ÜSTRA zulässig. Im Falle der Verarbeitung, Verbindung oder Vermischung (nachfolgend insg. „Verarbeitung“) erfolgt diese für die ÜSTRA. Die ÜSTRA erwirbt das Eigentum an der neuen Sache. Ist dies nicht möglich, erwirbt die ÜSTRA Miteigentum im Verhältnis des Wertes der beigestellten Sachen der ÜSTRA zum Gesamtwert bzw. den anderen verarbeiteten Sachen zur Zeit der Verarbeitung. Sollte dies aus rechtlichen Gründen nicht möglich sein, so sind sich ÜSTRA und Auftragnehmer darüber einig, dass die ÜSTRA in jedem Zeitpunkt der Verarbeitung Eigentümer der neuen Sache wird. Der Auftragnehmer verwahrt die neue Sache unentgeltlich, für die ÜSTRA mit der Sorgfalt eines ordentlichen Kaufmanns.

§ 10 Preise, Nachträge

1. Soweit die Bestellung nicht unmittelbar dem Preisrecht für öffentliche Aufträge unterliegt, versichert der Auftragnehmer, dass die im Angebot eingesetzten Preise nicht höher sind als sie in vergleichbaren Fällen unter Beachtung der für öffentliche Aufträge geltenden Preisvorschriften mit öffentlichen Auftraggebern vereinbart werden dürften.
2. Die vereinbarten Preise sind Festpreise. Sie gelten frei Erfüllungsort und schließen alle Leistungen und Nebenleistungen des Verkäufers (z.B. Montage, Einbau) sowie alle Nebenkosten (z.B. ordnungsgemäße Verpackung, Transportkosten einschließlich eventueller Transport- und Haftpflichtversicherung) ein. Nachforderungen sind ausgeschlossen. Abweichungen bedürfen der Zustimmung der ÜSTRA in Schrift- oder Textform.
3. Die Festpreise enthalten nicht die gesetzlich geschuldete Umsatzsteuer des Auftragnehmers. Die Vergütung der Umsatzsteuer setzt voraus, dass der Auftragnehmer nach den gesetzlichen Vorschriften berechtigt und verpflichtet ist, die Steuer gesondert zu erheben und dass die Umsatzsteuer in der Rechnung gesondert ausgewiesen wird.
4. Etwaige Zusätze, Änderungen der Lieferung/ Leistung werden nur dann vergütet, wenn hierüber vor Ausführung dieser Leistung eine schriftliche Nachtragsvereinbarung getroffen worden ist. Die vergaberechtlichen Vorgaben, insbesondere § 132 GWB, bleiben davon unberührt.

§ 11 Zahlung, Rechnungen

1. Die ÜSTRA zahlt durch Überweisung nach eigener Wahl entweder innerhalb von vierzehn (14) Tagen nach Rechnungseingang unter Abzug eines vertraglich vereinbarten Skontos oder innerhalb von (dreißig) 30 Tagen nach Rechnungseingang ohne Skontoabzug. Zahlungen bedeuten keine Anerkennung der Leistung als vertragsgemäß.
2. Die Zahlungsfrist beginnt mit dem Eingang der fälligen und prüffähigen Rechnung, bei der zuständigen Stelle der ÜSTRA, jedoch nicht vor dem Tag der Übergabe der Vertragsleistung gegen Empfangsbestätigung bzw. nach Abnahme.
3. Bei vereinbarten Abschlagszahlungen beginnt die Zahlungsfrist mit dem Tag des Eingangs einer prüffähigen Abschlagsrechnung bei der ÜSTRA, wenn vereinbart, bei der dort zuständigen Stelle, jedoch nicht vor Stellung einer vereinbarten Sicherheit.
4. Für die Rechtzeitigkeit der Zahlung durch die ÜSTRA ist die Übergabe des Überweisungsauftrags an die Bank/Kreditinstitut maßgeblich.
5. Abschlags-, Teil-, Teilschluss- und Schlussrechnungen sind als solche zu bezeichnen und fortlaufend zu nummerieren. Rechnungen ohne gesonderte Bezeichnung werden als Schlussrechnungen behandelt. Zeit, Art und Umfang der Leistung müssen darin erschöpfend, eindeutig und allgemein verständlich angegeben sein. Außerdem sind die Bestellnummer, die Einzelpreise und die Umsatzsteuer anzugeben. Die Liefer-/ bzw. Leistungsbelege, die der Empfangsstelle der ÜSTRA auszuhändigen sind, müssen bereits die Vertragsnummer/oder die Bestellnummer enthalten.
6. Teil-, Teilschluss- oder Abschlagszahlungen werden nur geleistet, wenn sie bei der Auftragserteilung vereinbart worden sind. Sie sind bei der Ermittlung der Schlusszahlung zu berücksichtigen. Die Vorschriften des § 632 a BGB bleiben davon unberührt.
7. Werden nach Annahme der Schlusszahlung Fehler in den Unterlagen der Abrechnung festgestellt, so ist die Schlussrechnung zu berichtigen. Die ÜSTRA und Auftragnehmer sind verpflichtet, jeweils dem anderen Vertragspartner die danach zustehenden Beträge zu erstatten, soweit es sich um Fehler folgender Art handelt:
 - a) Aufmaßfehler, d.h. Abweichungen in Aufmaßlisten und Abrechnungszeichnungen von der tatsächlichen Ausführung oder untereinander,
 - b) Rechenfehler, d. h. Fehler in der Anwendung der allgemeinen Rechenregeln (einschließlich Kommafehler),
 - c) Übertragungsfehler, einschließlich Seitenübertragungsfehler. Forderungen aus solchen Fehlern gelten nicht als Nachforderungen im Sinne von § 132 CWW
8. Bei Rückforderungen der ÜSTRA aus Überzahlungen, gleich welcher Art und aus welchem Grunde, kann sich der Auftragnehmer nicht auf einen Wegfall der Bereicherung (§ 818 Abs. 3 BGB) berufen. Im Falle einer Überzahlung bei der Schlusszahlung hat der Auftragnehmer die zu erstattende Überzahlung - ohne Umsatzsteuer - vom Tage nach dem Empfang der Schlusszahlung an mit 4 % jährlich, im Falle des Verzuges in Höhe der gesetzlichen Verzugszinsen zu verzinsen. Dem Auftragnehmer bleibt es vorbehalten, geringere gezogene Nutzungen nachzuweisen.
9. Von der ÜSTRA verauslagte Kosten werden vom Rechnungsbetrag abgezogen, sofern nichts anderes vereinbart ist.

10. Sämtliche Rechnungen müssen den Anforderungen des § 14 UStG oder diesen ergänzender/ersetzender Regelung entsprechen.

§ 12 Verjährung, Zurückbehaltungsrecht, Aufrechnung und Abtretung

1. Die Fristen für Mängelansprüche richten sich nach den gesetzlichen Vorschriften. Gestellte Sicherheiten sind bis zum Ablauf der Gewährleistungsfrist vereinbart.
2. Dem Auftragnehmer stehen keine Zurückbehaltungsrechte zu, soweit sie aus Gegenansprüchen aus anderen Rechtsgeschäften mit der ÜSTRA herrühren.
3. Der Auftragnehmer ist nur berechtigt, Zurückbehaltungsrechte geltend zu machen oder mit solchen Forderungen aufzurechnen, die rechtskräftig festgestellt, unbestritten oder von der ÜSTRA anerkannt sind.
4. Der Auftragnehmer ist nur nach schriftlicher Zustimmung der ÜSTRA berechtigt, Forderungen an Dritte abzutreten oder von Dritten einziehen zu lassen. Dies gilt nicht für den Fall, dass es sich um Geldforderungen handelt. Das gilt auch dann, wenn die Abtretung nur sicherheitshalber erfolgen soll. § 354 a HGB bleibt unberührt.

§ 13 Sicherung der Eigentumsrechte, Übertragung von Nutzungs-, Leistungs- und Schutzrechten

1. Der Auftragnehmer garantiert, dass der Inhalt seiner Leistungen und/oder durch den Auftragnehmer gelieferte oder bereitgestellte Vorlagen, Dokumente und/oder Bilder nicht gegen Urheber-, Patent-, Marken-, Lizenz- oder Geschmacksmusterrechte sowie Persönlichkeitsrechte verstoßen.
2. Der Auftragnehmer räumt der ÜSTRA in dem gesetzlich zulässigen Umfang zeitlich, räumlich und inhaltlich die unbeschränkten urheber- und leistungsschutzrechtlichen Nutzungsrechte sowie sonstigen Schutzrechte an sämtlichen Werken ein, die im Verlauf seiner Tätigkeit in Erfüllung des Vertrages entstanden sind oder entstehen werden.
3. Insbesondere – jedoch nicht abschließend – räumt der Auftragnehmer der ÜSTRA auch für den Fall, soweit die ÜSTRA aus rechtlichen Gründen nicht Inhaber der vorgenannten Rechte werden kann, zeitlich, räumlich und inhaltlich unbeschränkt, durch Dritte auszuübende ausschließliche, übertragbare, unter Lizenzvergabe, weltweite, Vervielfältigungs- und Verbreitungsrecht, Bearbeitungsrecht, insbesondere das Recht, die Werke unter Wahrung der Urheberpersönlichkeitsrechte, beliebig zu nutzen, zu vervielfältigen, zu ändern, zu kürzen, zu teilen, umzugestalten, zu ergänzen, die Werke mit anderen Werken und/oder Bildern zu verbinden oder darin zu integrieren, die Werke öffentlich zugänglich zu machen oder zu verwerten ein.
4. Sind in den Leistungen des Auftragnehmers schutzfähige Erfindungen, Gedanken oder schutzfähige Erscheinungsformen (Designs) enthalten, ist die ÜSTRA berechtigt, hierauf nach freiem Ermessen und auf Ihren Namen in beliebigen Ländern Schutzrechte anzumelden, dieser aufrecht zu erhalten und auch jederzeit fallen zu lassen. Soweit erforderlich, wird der Auftragnehmer die ÜSTRA bei der Anmeldung unterstützen; der Auftragnehmer wird alles unterlassen, was die Anmeldung und Verwertung der Rechte durch die ÜSTRA behindern könnte. Die aufgrund solcher Anmeldungen stehenden Schutzrechte gehören der ÜSTRA.
5. Der Auftragnehmer verzichtet, sofern nicht im Einzelfall anderes vereinbart ist, auf die Nennung als Urheber für seine Leistungen.
6. Der Auftragnehmer verpflichtet sich, dafür zu sorgen, dass die im Rahmen der Erbringung seiner Leistungen entstehenden Erfindungen oder Gedanken ohne Kosten auf die ÜSTRA übertragen werden.
7. Der Auftragnehmer wird im Verhältnis zu seinen Arbeitnehmern, freien Mitarbeitern oder Dritten, soweit er sich dieser bei der Erbringung seiner Leistungen gegenüber der ÜSTRA bedient, vertraglich sicherstellen, dass die Rechte nach vorstehend Ziff. 2 ausschließlich und zeitlich unbegrenzt der ÜSTRA zustehen und auch nicht durch die Beendigung der Verträge zwischen dem Auftragnehmer und den Dritten berührt werden. Andernfalls wird der Auftragnehmer der ÜSTRA alle daraus entstandenen Schäden und Aufwendungen einschließlich der Kosten angemessener Rechtsverteidigung ersetzen und die ÜSTRA insoweit von Ansprüchen Dritter freistellen, es sei denn, der Auftragnehmer hat dies nicht zu vertreten.

§ 14 Haftpflicht, Freistellung

1. Der Auftragnehmer verpflichtet sich, im Falle einer Verletzung seiner vertraglichen Pflichten oder seiner Verantwortung aus Produkthaftung, die ÜSTRA von allen Ansprüchen Dritter, die im Zusammenhang mit den vereinbarten und tatsächlich erbrachten Leistungen des Auftragnehmers stehen, freizustellen.
2. Im Rahmen seiner Freistellungsverpflichtung hat der Auftragnehmer Aufwendungen gem. §§ 683, 670 BGB zu erstatten, die sich aus oder im Zusammenhang mit einer Inanspruchnahme Dritter einschließlich von durch die ÜSTRA durchgeführter Rückrufaktionen ergeben. Über Inhalt und Umfang von Rückrufmaßnahmen wird die ÜSTRA den Auftragnehmer – soweit möglich und zumutbar – unterrichten und

ihm Gelegenheit zur Stellungnahme geben. Weitergehende gesetzliche Ansprüche der ÜSTRA bleiben unberührt. Der Auftragnehmer hat eine Produkthaftpflichtversicherung mit einer pauschalen Deckungssumme von mindestens 10 Mio. EUR pro Personen-/Sachschaden abzuschließen und zu unterhalten.

3. Der Auftragnehmer hat auf Verlangen nachzuweisen, dass er hinsichtlich aller weiteren Haftpflichtansprüche, die sich aus der Ausführung des übernommenen Auftrages ergeben können, eine Haftpflichtversicherung in hinreichender Höhe abgeschlossen hat und laufend unterhält. Die ÜSTRA ist berechtigt, rückständige Prämien anstelle des Auftragnehmers an den Versicherungsunternehmer zu zahlen und die Beträge von der dem Auftragnehmer zustehenden Vergütung oder einer von ihm hinterlegten Sicherheit einzubehalten.

§ 15 Geheimhaltung

1. Unterlagen und alle im Zusammenhang mit dem Auftrag zugänglich werdenden Informationen über die ÜSTRA sind durch den Auftragnehmer auch nach Beendigung des Auftrags vertraulich zu behandeln. Geheimhaltungspflichten bestehen nur dann nicht, wenn die betreffenden Informationen/Unterlagen nachweislich allgemein bekannt sind. Auskünfte über Auftragswerte oder Preise darf der Auftragnehmer allein in den gesetzlich zwingend vorgeschriebenen Fällen an Außenstehende geben. Pressemitteilungen und sonstige Veröffentlichungen zu künftigen bzw. erteilten Aufträgen sind nur mit vorheriger schriftlicher Zustimmung der ÜSTRA erlaubt.
2. Ohne vorherige Einwilligung in Schrift- oder Textform ist es dem Auftragnehmer untersagt, die ÜSTRA in irgendeiner Form als Referenz zu nennen.

§ 16 Datenschutz und Datensicherheit

1. Die Parteien beachten die einschlägigen datenschutzrechtlichen Vorschriften. Der Auftragnehmer wird insbesondere personenbezogene Daten nur in dem zur Durchführung des jeweiligen Vertrags erforderlichen Umfang oder auf Weisungen der ÜSTRA erheben, verarbeiten und nutzen. Der Auftragnehmer verpflichtet sich, Mitarbeiter (Arbeitnehmer und freie Mitarbeiter) mit der Verarbeitung personenbezogener Daten der ÜSTRA nur insoweit zu betrauen, als dieses zur Durchführung des betreffenden Vertrages erforderlich ist, diese Mitarbeiter auf die Vertraulichkeit der Datenverarbeitung zu verpflichten und Dritten, derer sich gem. § 4 bei der Erbringung der Leistungen bedient, die gemäß § 16 entsprechenden Verpflichtungen aufzuerlegen.
2. Der Auftragnehmer ist insbesondere zur regelmäßigen Sicherung der die Verträge mit der ÜSTRA betreffenden Daten im erforderlichen Umfang verpflichtet. Insbesondere hat er die seinem Zugriff unterliegenden Systeme gegen unbefugte Kenntnisnahme, Speicherung, Veränderung sowie sonstige nicht autorisierte Zugriffe oder Angriffe, gleich welcher Art, durch Mitarbeiter des Auftragnehmers oder sonstige Dritte zu schützen. Hierzu ergreift er die nach dem neuesten Stand bewährter Technik geeigneten Maßnahmen in erforderlichem Umfang, insbesondere zum Schutz gegen Viren und sonstige schadhafte Programme oder Programmroutinen, außerdem sonstige Maßnahmen zum Schutz seiner Einrichtung, insbesondere zum Schutz gegen Einbruch. Bei Verwendung von nicht seinem Zugriff unterliegenden Systemen hat er seinen Vertragspartnern entsprechende Verpflichtungen aufzuerlegen und deren Einhaltung regelmäßig zu überwachen.
3. Die ÜSTRA ist berechtigt, die Einhaltung der Datensicherheitsanforderungen zu überprüfen.
4. Der Auftragnehmer erwirbt an den personenbezogenen Daten, der er im Zusammenhang mit dem Auftrag der ÜSTRA erhält bzw. verarbeitet, keine Rechte und ist unter den gesetzlichen Voraussetzungen jederzeit zur Berichtigung, Löschung und/oder Einschränkung der Verarbeitung dieser personenbezogenen Daten verpflichtet. Zurückbehaltungsrechte in Bezug auf diese personenbezogenen Daten sind ausgeschlossen. Diese personenbezogenen Daten werden nach Erledigung des Zwecks der Erhebung bzw. Nutzung, Bearbeitung umgehend gelöscht.

§ 17 Rücktritt oder Kündigung vom Vertrag aus besonderen Gründen

1. Die ÜSTRA kann mit sofortiger Wirkung vom Vertrag zurücktreten und Schadenersatz fordern, wenn ihren mit der Auftragserteilung, Beaufsichtigung, Leitung, Abnahme oder sonstigen Abwicklungen der Leistung betrauten Mitarbeitern in diesem Zusammenhang durch den Auftragnehmer unmittelbar oder mittelbar persönliche Vorteile irgendwelcher Art in Aussicht gestellt, versprochen, angeboten, zugewendet oder verschafft werden oder wurden. Lediglich geringfügige Pflichtverletzungen setzen eine vorherige Abmahnung voraus.
2. Die ÜSTRA kann den Vertrag nach den gesetzlichen Bedingungen aus wichtigem Grund kündigen oder vom Vertrag zurücktreten, insbesondere dann, wenn der Auftragnehmer einen Antrag auf Eröffnung des Insolvenzverfahrens gestellt hat oder wenn der Auftragnehmer seine Zahlungen nicht nur vorübergehend eingestellt hat oder wenn über das Vermögen des Auftragnehmers das Insolvenzverfahren eröffnet oder die Eröffnung mangels Masse abgelehnt worden ist.

§ 18 Sanktionen bei schuldhaftem Verstoß gegen Vorgaben der Tariftreue oder des Mindestlohns bei Vergabe von Bau- und Dienstleistungsaufträgen (§ 15 NTVerG)

1. Für jeden schuldhaften Verstoß des Auftragnehmers und/oder der von ihm oder durch seine Nach- oder Verleihunternehmen beauftragten Nach- oder Verleihunternehmen gegen die Arbeitgeberpflichten des Mindestlohngesetzes (MiLoG) hat der Auftragnehmer eine Vertragsstrafe in Höhe von 1 % des netto-Auftragswertes basierend auf dem Auftragswert im Zeitpunkt der Beauftragung zu zahlen. Bei mehreren Verstößen gegen die Arbeitgeberpflichten des Mindestlohngesetzes darf die Summe der Vertragsstrafen 10 % des Auftragswertes nicht überschreiten. Sollte die Vertragsstrafe unverhältnismäßig hoch ausfallen, wird die Reduzierung des Wertes in das Ermessen des Auftraggebers gestellt. Der Auftraggeber kann auf Antrag des Auftragnehmers die Vertragsstrafe auf einen angemessenen Betrag herabsetzen.
2. Schuldhaft ist auch ein Verstoß gegen die o. g. (Mindestentlohnungs-) Pflichten, der durch Nach- oder Verleihunternehmen begangen wird, wenn und soweit dieser Verstoß als schuldhafter Verstoß des Auftragnehmers gegen eigene Nebenpflichten einzuordnen ist. Dies ist dann nicht der Fall, wenn der Auftragnehmer nachweist, dass er die Einhaltung der Mindestentlohnungspflichten durch die eingesetzten Nach- und Verleihunternehmen regelmäßig kontrolliert und sichergestellt hat. Die Zahlung einer Vertragsstrafe wird daher auch für den Fall vereinbart, dass der Verstoß durch ein Nachunternehmen oder ein Verleihunternehmen begangen wird und das beauftragte Unternehmen den Verstoß kannte oder kennen musste. Das Gebot der Verhältnismäßigkeit bei der Verwirkung der Vertragsstrafe ist zu beachten.
3. Die Vereinbarung von Vertragsstrafen für andere Verstöße gegen Vertragspflichten, etwa über die Vereinbarung von Terminen und Fristen, bleibt hiervon unberührt.
4. Neben der Vertragsstrafregelung hat der Auftraggeber für den Fall der schuldhaften und nicht nur unerheblichen Nichterfüllung der sich aus dem Mindestlohngesetz ergebenden Arbeitgeberpflichten durch den Auftragnehmer oder durch einen von diesem oder einem Nach- oder Verleihunternehmen eingesetzten Nach- oder Verleihunternehmen das Recht, den Vertrag mit dem Auftragnehmer fristlos zu kündigen. § 8 VOL/B und etwaige andere vertragliche Kündigungsrechte bleiben unberührt.
5. Der Auftraggeber wird den Auftragnehmer oder den jeweils pflichtwidrig handelnden Nachunternehmer für die Dauer von bis zu drei Jahren von der öffentlichen Auftragsvergabe / bzw. von Vergabeverfahren ausschließen, wenn der Auftragnehmer oder ein Nachunternehmer mindestens grob fahrlässig oder mehrfach und wiederholt gegen die Pflichten des Mindestlohngesetzes verstößt.
6. Dem Auftragnehmer ist bekannt, dass der Auftraggeber die für die Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten nach § 21 MiLoG, nach § 23 AEntG (Arbeitnehmer-Entsendegesetz) und nach § 16 ArbZG (Arbeitnehmerüberlassungsgesetz) zuständigen Stellen über Verstöße des Auftragnehmers bzw. der Nach- oder Verleihunternehmen gegen die Mindestentgeltregelungen gemäß Mindestlohngesetz informiert.
7. Der Auftragnehmer verpflichtet sich, die eingesetzten Nach- und/oder Verleihunternehmen über die drohenden Sanktionen im Fall schuldhafter Verstöße gegen die Verpflichtungen aus dem Mindestlohngesetz zu unterrichten.

§ 19 Anforderungen nach dem Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz - LkSG

1. Die ÜSTRA unterliegt ab dem 1. Januar 2023 den Regelungen des Gesetzes über die unternehmerischen Sorgfaltspflichten in Lieferketten (LkSG) und führt nach § 5 LkSG jährliche oder anlassbezogene Risikoanalysen durch. Die ÜSTRA ist insbesondere verpflichtet, mit ihren Lieferanten angemessene Präventionsmaßnahmen zu vereinbaren, ihre Lieferanten unter Berücksichtigung ihrer menschenrechts- und umweltbezogenen Erwartungen auszuwählen und diese Erwartungen entlang der Lieferkette angemessen zu adressieren und mit ihren Lieferanten diesbezüglich angemessene Kontrollmechanismen zu vereinbaren.
2. Die Menschenrechtsstrategie der ÜSTRA ist in der Grundsatzzerklärung unter https://www.uestra.de/fileadmin/Material/Unternehmen/Compliance/2022-12-16_Grundsatzzerklaerung_UESTRA.pdf abzurufen.
3. Der/die Menschenrechtsbeauftragte/r der ÜSTRA ist:

Herr Dominik Schiller
 ÜSTRA Hannoversche Verkehrsbetriebe Aktiengesellschaft
 Stabsbereichs Betrieb
 Am Hohen Ufer 6
 30159 Hannover
 T +49 511 1668-3046
Dominik.Schiller@uestra.de

4. Die ÜSTRA hat für Beschwerden und Hinweise über Menschen- und Umweltrechtsverletzungen oder Risiken für solche sowie etwaige Verletzungen von menschen- oder umweltrechtsbezogenen Pflichten ein Beschwerdesystem etabliert. Hinweise und Beschwerden sind dem folgenden Link zu entnehmende Kontaktdaten zu richten:

<https://www.uestra.de/unternehmen/ueber-uns/compliance/hinweisgebersystem/>

Die nachfolgenden Ziffern 5. bis 13. gelten ausschließlich für Lieferanten, die selbst den gesetzlichen Sorgfaltspflichten des LkSG unterliegen.

5. Mit kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) werden die nachfolgenden Ziffern 14. bis 18 vereinbart; Ziffern 5. bis 13. finden bei KMU keine Anwendung.
6. Der Lieferant sichert zu, dass er die menschenrechts- und umweltbezogenen Erwartungen der ÜSTRA, die sie in ihrem Lieferantenkodex, abrufbar unter <https://www.uestra.de/unternehmen/lieferanten/> niedergelegt hat, einhält, § 6 (4) Ziff. 2 LkSG.
7. Der Lieferant verpflichtet sich ferner, anlassbezogen oder mindestens jährlich eine Prüfung vorzunehmen, ob die Einhaltung der in Ziffer 1 vereinbarten Zusicherung insbesondere auch unter Berücksichtigung einer etwaig veränderten Zusammensetzung der von ihm gelieferten/erbrachten Leistung sichergestellt ist.
8. Die ÜSTRA ist berechtigt, ihren Lieferantenkodex zwecks Einhaltung angemessener Präventionsmaßnahmen nach dem LkSG anzupassen. Der Lieferant sichert zu, dass er den Lieferantenkodex auch unter Berücksichtigung solcher zu diesem Zweck vorgenommener Anpassungen einhalten wird, andernfalls der ÜSTRA Hinderungsgründe unverzüglich in Textform mitteilt.
9. Der Lieferant (als unmittelbarer Zulieferer der ÜSTRA gem. § 2 Abs. 7 LkSG) sichert zu, dass er gegenüber seinen Lieferanten (mittelbare Zulieferer der ÜSTRA gem. § 2 Abs. 8 LkSG) die unter Ziff. 1 angeführten menschenrechts- und umweltbezogenen Erwartungen der ÜSTRA angemessen adressiert, § 6 (4) Ziff. 2 LkSG.
10. Der Lieferant verpflichtet sich, auch unter Berücksichtigung seiner Interessen angemessene Kontrollen der ÜSTRA sowie deren risikobasierte Durchführung zwecks Überprüfung seiner Einhaltung der Menschenrechtsstrategie der ÜSTRA zu dulden und im erforderlichen Umfang mitzuwirken, § 6 (4) Ziff. 4 LkSG. Die Kontrollen können nach Wahl der ÜSTRA vor Ort bei dem Lieferanten durch sie selbst, durch mit Audits beauftragte Dritte, sowie durch die Inanspruchnahme anerkannter Zertifizierungs- oder Audit-Systeme erfolgen. Es hat eine angemessene Ankündigung der Kontrollen bei dem Lieferanten zu erfolgen. Die Parteien stimmen die Modalitäten ab.
11. Kommt es bei dem Lieferanten im Zusammenhang mit den vertraglichen Leistungen zwischen den Parteien zur Verletzung einer menschenrechts- und/oder umweltbezogenen Pflicht oder steht eine solche unmittelbar bevor, hat der Lieferant dies anzuzeigen (Anzeigepflicht). Er ist unter angemessener Berücksichtigung seiner Interessen verpflichtet, unverzüglich angemessene Abhilfemaßnahmen zu ergreifen, um diese Verletzung zu verhindern, zu beenden oder, falls das nicht möglich ist, das Ausmaß der Verletzung zu minimieren. Der Lieferant ist in einem solchen Fall auf Aufforderung der ÜSTRA zur Mitwirkung und/oder Duldung verpflichtet, um der ÜSTRA zu ermöglichen, nach deren Ermessen ggf. selbst angemessene Abhilfemaßnahmen zu ergreifen, um diese Verletzung zu verhindern, beenden oder das Ausmaß der Verletzung zu minimieren, § 7 (1) LkSG (Selbstvornahmerecht).
12. Ist die Beendigung der Verletzung einer menschenrechts- oder umweltbezogenen Pflicht nicht in konkret absehbarer Zeit möglich, so legt der Lieferant der ÜSTRA unverzüglich ein Konzept inkl. konkretem Zeitplan in Textform zur Beendigung oder Minimierung der Verletzung vor. Das Konzept muss insbesondere folgende Maßnahmen in Betracht ziehen: (a) die gemeinsame Erarbeitung und Umsetzung eines Plans zur Beendigung oder Minimierung der Verletzung mit dem Unternehmen, durch das die Verletzung verursacht wird, (b) der Zusammenschluss mit anderen Unternehmen im Rahmen von Brancheninitiativen und Branchenstandards, um die Einflussmöglichkeit auf den Verursacher zu erhöhen, (c) ein temporäres Aussetzen der Geschäftsbeziehung während der Bemühungen zur Risikominimierung, entsprechend § 7 (2) LkSG. Der Lieferant ist auf Anforderung durch die ÜSTRA verpflichtet, an einem solchen eigenen Konzept der ÜSTRA mit der gemeinsamen Erarbeitung und Umsetzung in angemessenem Umfang unter Berücksichtigung seiner Interessen mitzuwirken, § 7 (2) LkSG (Mitwirkungspflicht).

13. Die ÜSTRA ist zum Abbruch der Geschäftsbeziehungen mit dem Lieferanten berechtigt (§ 7 (3) LkSG), wenn

die Verletzung einer geschützten Rechtsposition oder einer umweltbezogenen Pflicht durch die ÜSTRA oder durch die zuständige Behörde gem. § 19 LkSG oder durch ein zuständiges Gericht als sehr schwerwiegend bewertet wird

und

entweder nicht fristgerecht ein Konzept gem. Ziffer 7 dieser Vereinbarung vorgelegt wird

oder

die Umsetzung der erarbeiteten Maßnahmen nach Ablauf der im nach Ziff. 7 aufgestellten Konzept festgelegten Zeit keine Abhilfe bewirkt

und

der ÜSTRA keine anderen mildereren Mittel zur Verfügung stehen und eine Erhöhung des Einflussvermögens nicht aussichtsreich erscheint.

In den Fällen der Ziffer 13 entsteht somit ein vertragliches Sonderkündigungsrecht der ÜSTRA mit sofortigem Abbruch von Leistungspflichten, das mit Abschluss dieser Vereinbarung Bestandteil sämtlicher Verträge zwischen den Vertragsparteien wird.

14. Bei Lieferanten, die kleine und mittlere Unternehmen sind (KMU), gilt:

Dem Auftragnehmer ist in diesem Zusammenhang bekannt, dass die ÜSTRA anlassbezogen oder mindestens jährlich eine Prüfung zur Risikoanalyse nach dem LkSG vornehmen kann.

15. Der Auftragnehmer verpflichtet sich, auch unter Berücksichtigung seiner Interessen, angemessene Kontrollen der ÜSTRA sowie deren risikobasierte Durchführung zwecks Überprüfung seiner Einhaltung der Menschenrechtsstrategie der ÜSTRA zu dulden und im erforderlichen Umfang mitzuwirken, § 6 (4) Ziff. 4 LkSG. Die Kontrollen können nach Wahl der ÜSTRA vor Ort bei dem Auftragnehmer durch sie selbst, durch mit Audits beauftragte Dritte, sowie durch die Inanspruchnahme anerkannter Zertifizierungs- oder Audit-Systeme erfolgen. Es hat eine angemessene Ankündigung der Kontrollen bei dem Auftragnehmer zu erfolgen. Die Parteien stimmen die Modalitäten ab.

16. Erlangt der Auftragnehmer im Zusammenhang mit den vertraglichen Leistungen zwischen den Parteien den Verdacht oder Kenntnis der Verletzung einer menschenrechts- und/oder umweltbezogenen Pflicht, hat der Auftragnehmer dies der ÜSTRA anzuzeigen. Der Auftragnehmer ermöglicht der ÜSTRA auf deren Anfrage, an der Aufklärung und Beseitigung der Verletzung mitzuwirken und ermöglicht der ÜSTRA, nach deren Ermessen ggfs. selbst angemessene Abhilfemaßnahmen zu ergreifen, um diese Verletzung zu verhindern, beenden oder das Ausmaß der Verletzung zu minimieren.

17. Ist die Beendigung einer eingetretenen Verletzung einer menschenrechts- oder umweltbezogenen Pflicht nicht in konkret absehbarer Zeit möglich, so ermöglicht der Auftragnehmer der ÜSTRA auf deren Anfrage, an einem vom Auftragnehmer geplanten Konzept inkl. konkretem Zeitplan zur Beendigung oder Minimierung der Verletzung mitzuwirken. Das Konzept könnte beispielsweise folgende Maßnahmen in Betracht ziehen: (a) die gemeinsame Erarbeitung und Umsetzung eines Plans zur Beendigung oder Minimierung der Verletzung mit dem Unternehmen, durch das die Verletzung verursacht wird, (b) der Zusammenschluss mit anderen Unternehmen im Rahmen von Brancheninitiativen und Branchenstandards, um die Einflussmöglichkeit auf den Verursacher zu erhöhen, (c) ein temporäres Aussetzen der Geschäftsbeziehung während der Bemühungen zur Risikominimierung, entsprechend § 7 (2) LkSG.

§ 20 Allgemeine Bestimmungen/Sonstiges

1. Änderungen und Ergänzungen der Vereinbarungen zwischen ÜSTRA und Auftragnehmer einschließlich dieser AGB bedürfen der Schrift- oder Textform. Das gilt auch für Abweichungen von der Schrift- oder Textform. Individuelle Vertragsabreden haben Vorrang vor AGB.

2. Sollten eine oder einzelne Bestimmungen dieser AGB unwirksam sein oder werden, so soll dadurch die Wirksamkeit der übrigen Bestimmungen nicht berührt werden. § 139 BGB ist abbedungen. Für diesen Fall verpflichten sich die Vertragspartner, an Stelle der unwirksamen Bestimmung eine solche zu vereinbaren, die dem von ihnen wirtschaftlich Gewollten in rechtlich zulässiger Weise am nächsten kommt. Entsprechendes gilt bei Vorhandensein von Vertragslücken.

3. Gerichtsstand ist Hannover.

4. Es findet ausschließlich deutsches Recht unter Ausschluss des UN-Kaufrechts Anwendung. Verbindlich ist nur der deutsche Vertragstext.

Stand Januar 2025

Name und Anschrift des Bieters
(Firmenname lt. Handelsregister)

Ort:
Datum:
Tel.:
Fax:
e-mail:
USt.-ID-Nr.:
HR-Nr.:
Registergericht:
BlmA-Nummer:

(Name und Anschrift der Vergabestelle)

ÜSTRA Hannoversche Verkehrsbetriebe Aktiengesellschaft
Bereich Einkauf und Logistik
Am Hohen Ufer 6
30159 Hannover
Deutschland

Angebotsschreiben

Bezeichnung der Bauleistung:

Maßnahmennummer Baumaßnahme
540 003 171.1

Vergabenummer Leistung
2026341829 Betonsanierung D-Süd - an den Hochbahnsteigen Bleekstraße, Annastift und Tiergarten

Anlagen¹, die Vertragsbestandteil werden

- ☐ Leistungsverzeichnis/Leistungsprogramm (Kurz- oder Langfassung) mit den Preisen sowie den geforderten Angaben und Erklärungen
- ☐ Vertragsformular für Instandhaltung mit den Preisen sowie den geforderten Angaben und Erklärungen
- ☐ 224 Lohngleitklausel - Berechnung des Änderungssatzes
- ☐ 233 Nachunternehmerleistungen
- ☐ 234 Bieter-/Arbeitsgemeinschaft
- ☐ 235 Verzeichnis der Leistungen/Kapazitäten anderer Unternehmen
- ☐ 248 Erklärung zur Verwendung von Holzprodukten
- ☐ Nebenangebot(e)

Anlagen¹, die der Angebotserläuterung dienen, ohne Vertragsbestandteil zu werden

- ☐ 124 Eigenerklärung zur Eignung
- ☐ Einheitliche Europäische Eigenerklärung
- ☐ 221 oder 222 Angaben zur Preisermittlung

¹ vom Bieter anzukreuzen und beizufügen

- 1 Ich/Wir biete(n) die Ausführung der oben genannten Leistung zu den von mir/uns eingesetzten Preisen an.
An mein/unser Angebot halte(n) ich/wir mich/uns bis zum Ablauf der Bindefrist gebunden.**

- 2 Die Angebotsendsumme des Hauptangebotes gem. Leistungsbeschreibung beträgt einschl. Umsatzsteuer**

Euro

- 2.1 Die Gesamtsumme der jährlichen Vergütung gem. Instandhaltungsvertrag² beträgt einschl. Umsatzsteuer**

Werte werden automatisch ausgefüllt!

Euro*

* nur ausfüllen, wenn den Vergabeunterlagen ein Instandhaltungsvertrag beiliegt

- 3 Anzahl der Nebenangebote**

St.

- 4 Preisnachlass ohne Bedingung auf die Abrechnungssumme für Haupt- und alle Nebenangebote³ sowie auf die Preise für angeordnete Leistungen, die auf Grundlage der Preisermittlung für die vertragliche Leistung zu bilden sind**

%

Werte werden automatisch ausgefüllt!

- 5 Bestandteil meines/unseres Angebots sind neben diesem Angebotsschreiben und seinen Anlagen:**

- Allgemeine Vertragsbedingungen für die Ausführung von Bauleistungen (VOB/B), Ausgabe 2016,
- Unterlagen gem. Aufforderung zur Angebotsabgabe, Anlagen – Teil B

- 6 ☐ Ich bin/Wir sind für die zu vergebende Bauleistung präqualifiziert und im Präqualifikationsverzeichnis eingetragen unter Nummer:**

Name: _____

PQ_Nummer: _____

Name: _____

PQ_Nummer: _____

Name: _____

PQ_Nummer: _____

Name: _____

PQ_Nummer: _____

- ☐ Ich bin/Wir sind kleines oder mittleres Unternehmen – KMU - (< 250 Beschäftigte und ≤ 50 Mio Euro Jahresumsatz bzw. ≤ 43 Mio Jahresbilanzsumme).⁴

- 7 Ich/Wir erkläre(n), dass**

- ☐ ich/wir alle Leistungen im eigenen Betrieb ausführen werde(n).
- ☐ ich/wir die Leistungen, die nicht im Verzeichnis Nachunternehmerleistungen bzw. Verzeichnis der Leistungen/Kapazitäten anderer Unternehmer aufgeführt sind, im eigenen Betrieb ausführen werde(n).

² Bei mehreren Instandhaltungsverträgen ist die Summe der jährlichen Vergütungen einzutragen.

³ Preisnachlass gilt nicht für Instandhaltungsangebot

⁴ Bietergemeinschaften gelten nur dann als KMU, wenn der überwiegende Teil des Auftrags von (einem) Partner(n) der Bietergemeinschaft erbracht wird, der/die als KMU einzustufen ist/sind.

8 Ich/Wir erkläre(n), dass

- ich/wir den Wortlaut der vom Auftraggeber verfassten Langfassung des Leistungsverzeichnisses als alleinverbindlich anerkenne(n).
- mir/uns zugewandene Änderungen der Vergabeunterlagen Gegenstand meines/unseres Angebotes sind.
- ein nach der Leistungsbeschreibung ggf. zu benennender Sicherheits- und Gesundheitsschutzkoordinator gemäß Baustellenverordnung und dessen Stellvertreter über die nach den „Regeln zum Arbeitsschutz auf Baustellen; geeigneter Koordinator (Konkretisierung zu § 3 BaustellV) (RAB 30)“ geforderte Qualifikation verfügen, um die nach Baustellenverordnung übertragenen Aufgaben fachgerecht zu erfüllen.
- das vom Auftraggeber vorgeschlagene Produkt Inhalt meines/unseres Angebotes ist, wenn Teilleistungsbeschreibungen des Auftraggebers den Zusatz „oder gleichwertig“ enthalten und von mir/uns keine Produktangaben (Hersteller- und Typbezeichnung) eingetragen wurden.
- falls von mir/uns mehrere Nebenangebote abgegeben wurden, mein/unser Angebot auch die Kumulation der Nebenangebote, die sich nicht gegenseitig ausschließen, umfasst.
- ich/wir einen pauschalen Schadensersatz in Höhe von 15 Prozent der Bruttoabrechnungssumme dieses Vertrages entrichten werde, falls ich/wir aus Anlass der Vergabe nachweislich eine Abrede getroffen habe(n), die eine unzulässige Wettbewerbsbeschränkung darstellt, es sei denn, ich/wir weise(n) einen geringeren Schaden nach.
- ich/wir jede vom zuständigen Finanzamt vorgenommene Änderung in Bezug auf eine vorgelegte Freistellungsbescheinigung (§ 48b EStG) dem Auftraggeber unverzüglich in Textform mitteilen.

Unterschrift (bei schriftlichem Angebot)

Ist

- bei einem elektronisch übermittelten Angebot in Textform der Bieter nicht erkennbar,
- ein schriftliches Angebot nicht an dieser Stelle unterschrieben oder
- ein elektronisches Angebot, das signiert/mit elektronischem Siegel versehen werden muss, nicht wie vorgegeben signiert/mit elektronischem Siegel versehen,

wird das Angebot ausgeschlossen.

Bieter	Vergabenummer	Datum
	2026341829	
Baumaßnahme		
Leistung Betonsanierung D-Süd - an den Hochbahnsteigen Bleekstraße, Annastift und Tiergarten		

Angaben zur Kalkulation mit vorbestimmten Zuschlägen

1	Angaben über den Verrechnungslohn	Zuschlag %	€/h
1.1	Mittellohn ML einschl. Lohnzulagen u. Lohnerhöhung, wenn keine Lohngleitklausel vereinbart wird		
1.2	Lohngebundene Kosten Sozialkosten und Soziallöhne, als Zuschlag auf ML		
1.3	Lohnnebenkosten Auslösungen, Fahrgelder, als Zuschlag auf ML		
1.4	Kalkulationslohn KL (Summe 1.1 bis 1.3)		
1.5	Zuschlag auf Kalkulationslohn (aus Zeile 2.4, Spalte 1)		
1.6	Verrechnungslohn VL (Summe 1.4 und 1.5, VL im Formblatt 223 berücksichtigen)		

2	Zuschläge auf die Einzelkosten der Teilleistungen = unmittelbare Herstellungskosten	Zuschläge in % auf				
		Lohn	Stoffkosten	Gerätekosten	Sonstige Kosten	Nachunternehmerleistungen
2.1	Baustellengemeinkosten					
2.2	Allgemeine Geschäftskosten					
2.3	Wagnis und Gewinn					
2.3.1	Gewinn					
2.3.2	betriebsbezogenes Wagnis¹					
2.3.3	leistungsbezogenes Wagnis²					
2.4	Gesamtzuschläge					

¹ Wagnis für das allgemeine Unternehmensrisiko² Mit der Ausführung der Leistungen verbundenes Wagnis

3.	Ermittlung der Angebotssumme			
		Einzelkosten der Teilleistungen = unmittelbare Her- stellungskosten €	Gesamt- zuschlä- ge gem. 2.4 %	Angebotssumme €
3.1	Eigene Lohnkosten Verrechnungslohn (1.6) x Gesamtstunden			X
	_____ x _____			
3.2	Stoffkosten (einschl. Kosten für Hilfsstoffe)	_____	_____	_____
3.3	Gerätekosten (einschließlich Kosten für Energie und Be- triebsstoffe)	_____	_____	_____
3.4	Sonstige Kosten (vom Bieter zu erläutern)	_____	_____	_____
3.5	Nachunternehmerleistungen ³	_____	_____	_____
Angebotssumme ohne Umsatzsteuer				_____

eventuelle Erläuterungen des Bieters:

³ Auf Verlangen sind für diese Leistungen die Angaben zur Kalkulation der(s) Nachunternehmer(s) dem Auftraggeber vorzulegen.

Bieter	Vergabenummer	Datum
	2026341829	
Baumaßnahme		
Leistung Betonsanierung D-Süd - an den Hochbahnsteigen Bleekstraße, Annastift und Tiergarten		

Angaben zur Kalkulation über die Endsumme

1.	Angaben über den Verrechnungslohn	Lohn €/h
1.1	Mittellohn ML einschl. Lohnzulagen u. Lohnerhöhung, wenn keine Lohnleitklausel vereinbart wird	
1.2	Lohngebundene Kosten Sozialkosten und Soziallöhne	
1.3	Lohnnebenkosten Auslösungen, Fahrgelder	
1.4	Kalkulationslohn KL (Summe 1.1 bis 1.3)	

Berechnung des Verrechnungslohnes nach Ermittlung der Angebotssumme (vgl. Blatt 2)

1.5	Umlage auf Lohn (Kalkulationslohn x v.H. Umlage aus 2.1)	€/h _____	v.H. _____	
1.6	Verrechnungslohn VL (Summe 1.4 und 1.5)			

eventuelle Erläuterungen des Bieters:

(Preisermittlung bei Kalkulation über die Endsumme)

Ermittlung der Angebotssumme		Betrag €	Gesamt €	Umlage Summe 3 auf die Einzelkosten für die Ermittlung der EH-Preise	
2	Einzelkosten der Teilleistungen = unmittelbare Herstellungskosten			%	€
2.1	Eigene Lohnkosten Kalkulationslohn (1.4) x Gesamtstunden: x			x	
2.2	Stoffkosten (einschl. Kosten für Hilfsstoffe)			x	
2.3	Gerätekosten (einschl. Kosten für Energie und Betriebsstoffe)			x	
2.4	Sonstige Kosten (Vom Bieter zu erläutern)			x	
2.5	Nachunternehmerleistungen ¹			x	
Einzelkosten der Teilleistungen (Summe 2)				noch zu verteilen	

Zusammensetzung der Umlagesummen				
	Umlage gesamt (€)	Anteil BGK (€)	Anteil AGK (€)	Anteil W+G (€)
2.1 eigene Lohnkosten				
2.2 Stoffkosten				
2.3 Gerätekosten				
2.4 Sonstige Kosten				
2.5 Nachunternehmerleistungen				

3	Baustellengemeinkosten, Allgemeine Geschäftskosten, Wagnis und Gewinn		
3.1	Baustellengemeinkosten (soweit hierfür keine besonderen Ansätze im Leistungsverzeichnis vorgesehen sind)		
3.1.1	Lohnkosten einschließlich Hilfslohne Bei Angebotssummen unter 5 Mio € : Angabe des Betrages Bei Angebotssummen über 5 Mio € : Kalkulationslohn (1.4) x Gesamtstunden: x		
3.1.2	Gehaltskosten für Bauleitung, Abrechnung Vermessung usw.		
3.1.3	Vorhalten u. Reparatur der Geräte u. Ausrüstungen, Energieverbrauch, Werkzeuge u. Kleingeräte, Materialkosten f. Baustelleneinrichtung		
3.1.4	An- u. Abtransport der Geräte u. Ausrüstungen, Hilfsstoffe, Pachten usw.		
3.1.5	Sonderkosten der Baustelle, wie techn. Ausführungsbearbeitung, objektbezogene Versicherungen usw.		
Baustellengemeinkosten (Summe 3.1)			
3.2	Allgemeine Geschäftskosten (Summe 3.2)		
3.3	Wagnis und Gewinn (Summe 3.3)		
3.3.1.	Gewinn		
3.3.2	Betriebsbezogenes Wagnis (Wagnis für das allgemeine Unternehmensrisiko)		
3.3.3	Leistungsbezogenes Wagnis (mit der Ausführung der Leistungen verbundenes Wagnis)		
Umlage auf die Einzelkosten (Summe 3)			
Angebotssumme ohne Umsatzsteuer (Summe 2 und 3)			

¹ Auf Verlangen sind für diese Leistungen die Angaben zur Kalkulation der(s) Nachunternehmer(s) dem Auftraggeber vorzulegen.

Bieter	Vergabenummer	Datum
	2026341829	
Baumaßnahme		
Leistung Betonсанierung D-Süd - an den Hochbahnsteigen Bleekstraße, Annastift und Tiergarten		

Verzeichnis der Nachunternehmerleistungen

Zur Ausführung der im Angebot enthaltenen Leistungen benenne ich Art und Umfang der durch Nachunternehmer auszuführenden Teilleistungen der Leistungsbeschreibung und auf Verlangen der Vergabestelle die Namen der Nachunternehmer:

- ☐ Die Namen der Nachunternehmer sind bereits bei Angebotsabgabe anzugeben.

[illegible]

Entsprechend der Verordnung (EU) 2022/576 dürfen öffentlichen Aufträge und Konzessionen nach dem 9. April 2022 nicht an Personen oder Unternehmen vergeben werden, die einen Bezug zu Russland im Sinne der Vorschrift aufweisen. Dies umfasst sowohl unmittelbar als Bewerber, Bieter oder Auftragnehmer auftretende Personen oder Unternehmen als auch mittelbar, mit mehr als zehn Prozent, gemessen am Auftragswert, beteiligte Unterauftragnehmer, Lieferanten oder Eignungsverleiher.

Ein Bezug zu Russland im Sinne der Vorschrift besteht

- a) durch die **russische Staatsangehörigkeit** des Bewerbers/Bieters oder die **Niederlassung** des Bewerbers/Bieters in Russland,
- b) durch die Beteiligung einer natürlichen Person oder eines Unternehmens, auf die eines der Kriterien nach Buchstabe a zutrifft, am Bewerber/Bieter über das **Halten von Anteilen im Umfang von mehr als 50 Prozent**,
- c) durch das Handeln der Bewerber/Bieter im Namen oder **auf Anweisung von Personen oder Unternehmen**, auf die die Kriterien der Buchstaben a und/oder b zutreffen.

Bereits vor dem 9. April 2022 geschlossene Verträge mit solchen Personen oder Unternehmen mit Bezug zu Russland dürfen nur bis zum 10. Oktober 2022 fortgeführt werden.

Baumaßnahme

Leistung

Betonsanierung D-Süd - an den Hochbahnsteigen Bleekstraße, Annastift und Tiergarten

Ich/Wir erkläre(n), dass für mein/unser Unternehmen **keiner** der in den Buchstaben a) bis c) genannten Fälle zutrifft.

Ich/Wir erkläre(n), dass ich/wir zur Ausführung des Auftrags für Teile der Leistung

☐ **nicht** die Kapazitäten der in den Buchstaben a) bis c) genannten Personen oder Unternehmen in Anspruch nehmen werde(n) / genommen habe(n) (Eignungsleihe).

☐ folgende Kapazitäten der in den Buchstaben a) bis c) genannten Personen oder Unternehmen in Anspruch nehmen werde(n) / genommen habe(n) (Eignungsleihe).

☐ Die Leistungen **keines** Eignungsverleihers überschreiten zehn Prozent der Auftragssumme.

☐ Die Beauftragung ist aufgrund einer Ausnahme (Artikel 5k Absatz 2 der Verordnung (EU) 2022/576) zulässig.

☐ Der Vertrag wurde vor dem 9. April 2022 geschlossen und die Zusammenarbeit wird zum 10. Oktober 2022 beendet.

- ☐ **keine** der in den Buchstaben a) bis c) genannten Personen oder Unternehmen als Nachunternehmen beauftrage(n) / beauftragt habe(n).
- ☐ folgende der in den Buchstaben a) bis c) genannten Personen oder Unternehmen als Nachunternehmen beauftragen werde(n) / beauftragt habe(n).

- ☐ Die Leistungen **keines** Nachunternehmers überschreiten zehn Prozent der Auftragssumme.
- ☐ Die Beauftragung ist aufgrund einer Ausnahme (Artikel 5k Absatz 2 der Verordnung (EU) 2022/576) zulässig.
- ☐ Der Vertrag wurde vor dem 9. April 2022 geschlossen und die Zusammenarbeit wird zum 10. Oktober 2022 beendet.

- ☐ **keine** der in den Buchstaben a) bis c) genannten Personen oder Unternehmen als Lieferanten beauftrage(n) / beauftragt habe(n).
- ☐ folgende der in den Buchstaben a) bis c) genannten Personen oder Unternehmen als Lieferanten beauftragen werde(n) / beauftragt habe(n).

- ☐ Die Leistungen **keines** Lieferanten überschreiten zehn Prozent der Auftragssumme.
- ☐ Die Beauftragung ist aufgrund einer Ausnahme (Artikel 5k Absatz 2 der Verordnung (EU) 2022/576) zulässig.
- ☐ Der Vertrag wurde vor dem 9. April 2022 geschlossen und die Zusammenarbeit wird zum 10. Oktober 2022 beendet.

Datum/Unterschrift (bei elektronischer Übermittlung: Name der erklärenden Person)



Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen, 11014 Berlin

- Nur per E-Mail -

Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung
Fachaufsicht führende Ebenen in den Ländern

Krausenstraße 17-18
10117 Berlin
Postanschrift
11014 Berlin
Tel +49 30 18 681-16882
Fax +49 30 18 681-516882
BW17@bmi.bund.de
www.bmwsb.bund.de

Sanktionen der EU gegen Russland

Verordnung (EU) 2022/576
BW17-70409/2#1
Berlin, 14. April 2022
Seite 1 von 3

I. EU-Sanktionen gegen Russland

Durch *Verordnung (EU) 2022/576 des Rates vom 8. April 2022 zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 über restriktive Maßnahmen angesichts der Handlungen Russlands, die die Lage in der Ukraine destabilisieren* hat die EU verschärfte Sanktionen gegen Russland erlassen.

Vorbehaltlich kommender Auslegung durch die Europäische Kommission werden nachfolgend erste Hinweise dazu gegeben.

II. Verbot der Auftragsvergabe

Nach Artikel 5k der Verordnung ist es verboten, öffentliche Aufträge oder Konzessionen an Personen oder Unternehmen zu vergeben, die einen Bezug zu Russland im Sinne der Vorschrift aufweisen und im Vergabeverfahren unmittelbar als Bewerber, Bieter oder Auftragnehmer auftreten.

Ein Bezug zu Russland im Sinne der Vorschrift besteht

- a) durch die russische Staatsangehörigkeit des Bewerbers/Bieters oder die Niederlassung des Bewerbers/Bieters in Russland,

- b) durch die Beteiligung einer natürlichen Person oder eines Unternehmens, auf die eines der Kriterien nach Buchstabe a zutrifft, am Bewerber/Bieter über das Halten von Anteilen im Umfang von mehr als 50 Prozent,
- c) durch das Handeln der Bewerber/Bieter im Namen oder auf Anweisung von Personen oder Unternehmen, auf die die Kriterien der Buchstaben a und/oder b zutreffen.

Das Verbot erstreckt sich auch auf mittelbar am Auftrag beteiligte Unterauftragnehmer, Lieferanten und Eignungsverleiher eines Bewerbers oder Bieters, soweit ihr Anteil, gemessen am Auftragswert, zehn Prozent übersteigt.

Ebenfalls vom Verbot umfasst sind Verträge, die vom Anwendungsbereich des GWB ausgenommen sind (insbesondere § 107 Absatz 1 Nummer 1 und 4, Absatz 2 Nummer 1, § 116 und § 145 Nummer 1 bis 6).

Von den Bewerbern oder Bietern in neuen und laufenden Vergabeverfahren ist die als Anlage beigefügte Eigenerklärung abzufordern. Angebote von Unternehmen, die eine solche Erklärung trotz entsprechender Anforderung nicht abgeben, sind von der Wertung auszuschließen (§ 16 EU Nummer 4, § 16 VS Nummer 4 VOB/A).

III. Fortführung bestehender Verträge

Bestehende Verträge mit den unter II. a)-c) Genannten, die vor dem 9. April 2022 geschlossen wurden, dürfen nach dem 10. Oktober 2022 nicht fortgeführt werden.

Das gilt auch für Verträge mit Auftragnehmern, an denen die unter II. a)-c) Genannten mittelbar, mit mehr als zehn Prozent, gemessen am Auftragswert, als Unterauftragnehmer, Lieferanten oder Eignungsverleiher beteiligt sind. Die Unterauftragnehmer, Lieferanten oder Eignungsverleiher sind vorzugsweise auszutauschen. Ist der Hauptauftragnehmer nicht zum Austausch bereit, ist der Vertrag unter Berufung auf das EU-rechtlich unmittelbar geltende Erfüllungsverbot zum 10. Oktober 2022 zu kündigen.

Auch für bestehende Verträge ist die als Anlage beigefügte Eigenerklärung abzufordern.

IV. Ausnahmen

Von dem Verbot der Auftragsvergabe und der Fortführung der Verträge enthält Art 5k Absatz 2 Ausnahmen. Für den Bundeshochbau können insbesondere Buchstabe a (Baumaßnahmen im Zusammenhang mit Atomanlagen/Endlagern) und Buchstabe d (Auslandsbau) einschlägig sein.

Eine Ausnahme bedarf der über mich einzuholenden Genehmigung der durch das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz noch zu benennenden zuständigen Behörde.

V. Zuwendungsbau

Die EU-Verordnung gilt für öffentliche Aufträge (§ 103 GWB) und Konzessionen (§ 106 GWB). Sie findet damit im Zuwendungsbau Anwendung, falls der Zuwendungsempfänger öffentlicher Auftraggeber nach § 99 GWB, Sektorenauftraggeber nach § 100 GWB oder Konzessionsgeber nach § 101 GWB ist. Liegen diese Voraussetzungen nicht vor, kommt es auf den Inhalt des Zuwendungsbescheids an.

VI. Inkrafttreten

Der Erlass gilt mit sofortiger Wirkung und setzt die Verordnung (EU) 2022/576 um. Eine Erstreckung auf den Unterschwellenbereich wird noch geprüft.

Im Auftrag

gez.

Janssen

Anlagen
Verordnung (EU) 2022/576 vom 8. April 2022
Formblatt für Eigenerklärungen

Formblatt Eigenerklärung zu den Produktionsstandorten

Vom Bewerber, bei Bewerbergemeinschaften von jedem Mitglied auszufüllen. Das Formblatt ist erforderlichenfalls zu vervielfältigen.

Name des Bewerbers bzw. der Bewerbergemeinschaft

Erklärung zu den Produktionsstandorten:

Ich/Wir nehme(n) zur Kenntnis, akzeptiere(n) und bestätige(n), dass wir ausschließlich Produktionsstandorte nutzen werden, die sich innerhalb eines der Mitgliedsstaaten der Europäischen Union befinden.

Produktionsstandorte außerhalb eines der Mitgliedsstaaten der Europäischen Union sind in folgenden Staaten zugelassen:

- Europäische Freihandelsassoziation (EFTA - European Free Trade Association): Island, Norwegen, Liechtenstein, Schweiz;
- Europäische Zollunion (EUCU - European Union Customs Union): Andorra, San Marino, Türkei;
- Kandidatenländer (Beitrittskandidaten der Europäischen Union): Albanien, Mazedonien, Montenegro, Serbien, Türkei;
- Vertiefte und umfassende Freihandelszone (DCFTA - Deep and Comprehensive Free Trade Area): Georgien, Moldau, Ukraine.

Werden keine Produktionsstandorte genutzt, die sich innerhalb dieser Staaten befinden, erfolgt der Ausschluss aus dem weiteren Vergabeverfahren.

SKONTO

Skonto zugelassen	Nein
Zahlungsziel (falls zugelassen)	Tag(e)
Skonto	_____ %

AUFLISTUNG ALLER POSITIONEN

ALLE PREISE SIND OHNE UMSATZSTEUER ANZUGEBEN

Vorbemerkung zum LV gemäß VOB C DIN 18299

Allgemeine Technische Vertragsbedingungen
für Bauleistungen (ATV)
Allgemeine Regelungen für Bauarbeiten jeder Art - DIN 18299
Ausgabe September 2019

0. Hinweise für das Aufstellen der Leistungsbeschreibung

Soweit in der Leistungsbeschreibung auf Technische Spezifikationen, z.B. nationale Normen, mit denen Europäische Normen umgesetzt werden, europäische technische Bewertungen, gemeinsame technische Spezifikationen, Internationale Normen, Bezug genommen wird, werden auch ohne den ausdrücklichen Zusatz: „oder gleichwertig“ immer gleichwertige Technische Spezifikationen in Bezug genommen.

0.1 Angaben zur Baustelle

0.1.1 Lage der Baustelle, Umgebungsbedingungen, Zufahrtsmöglichkeiten und Beschaffenheit der Zufahrt sowie etwaige Einschränkungen bei ihrer Benutzung.

Die Baustelle teilt sich auf 3 Hochbahnsteige des Stadtbahn- Netzes Hannover auf.
Es handelt sich um die Hochbahnsteige Bleekstraße, Annastift und Tiergarten im Streckenast D-Süd.
Die Hochbahnsteige sind als Mittelbahnsteig ausgeführt.
Die Gleise und die Bahnsteige sind während der Bauarbeiten in Betrieb.

Eine Besichtigung der Örtlichkeiten ist notwendig. Nachforderungen aus Unkenntnis der Örtlichkeiten und der erkennbaren Boden- und Wasserverhältnisse sind ausgeschlossen.

Die Bahnstrecke ist zweigleisig und hat eine Oberleitung. Die Fahrleitung ist insbesondere beim Hebebetrieb zu berücksichtigen. Hier ist mind. ein Abstand von 1,5 m einzuhalten.

0.1.2 Besondere Belastungen aus Immissionen sowie besondere klimatische oder betriebliche Bedingungen.

Die Instandsetzung der Haltestelle findet unter laufenden Stadtbahnbetrieb statt.

Da sich die Baustelle im unmittelbaren Gleisbereich befindet, ist die Dienstanweisung Gleisbereiche (DA-Gleis) der üstra einzuhalten. Für Arbeiten im Gleisbereich bzw. unmittelbaren Gleisbereich ist ausschließlich in die DA Gleis eingewiesenes Personal zugelassen. Setzt der AN Subunternehmer ein, so hat er dafür Sorge zu tragen, dass diese ebenfalls nur in die DA Gleis eingewiesenes Personal einsetzen. Die Arbeitsbereiche sind entsprechend der DA Gleis abzusichern. Hierzu findet im Hause der üstra eine Schulung für die Aufsicht führende Person sowie mindestens einen Stellvertreter statt. Kosten für die Schulung fallen nicht an, es ist jedoch zu berücksichtigen, dass die Schulung eine Dauer von ca. 3 Stunden in Anspruch nimmt. Eine Vergütung des Personals während der Ausbildung wird vom AG nicht übernommen. Kontaktaufnahme zur Terminvereinbarung unter: steffen.ruschmeyer@ uestra.de

Arbeiten an Sonn- und Feiertagen müssen gesondert beantragt werden.

0.1.3 Art und Lage der baulichen Anlagen, z. B. auch Anzahl und Höhe der Geschosse.

Der Hochbahnsteig befindet sich ca. 1m über Gleis- bzw. Straßenbelagsniveau. Die Arbeiten sind sowohl tagsüber, als auch Nachts unter laufendem Bahnbetrieb durchzuführen.

Es ist darauf zu achten, dass Fahrgäste und Passanten durch die Arbeiten nicht gefährdet werden.

Der Betrieb des Verkehrsunternehmens darf durch die Arbeiten zu keiner Zeit gestört oder behindert werden. Der Auftragnehmer hat seine Arbeitsbereiche auf den Zuwegungen zu den Bahnsteigen selbst den Fahrgastströmen anzupassen und die Arbeitsstellen abzusichern.

0.1.4 Verkehrsverhältnisse auf der Baustelle, insbesondere Verkehrsbeschränkungen.

Die genauen Fahrzeiten der Stadtbahnen können aus dem Internet unter www.efa.de entnommen werden.

Alle vorgenannten und auch in den Leistungspositionen beschriebenen Erschwernisse wie auch die Behinderungen durch den Stadtbahnbetrieb sind einzukalkulieren und werden nicht besonders vergütet.

Genaue Beschreibung der Baustelle:

Die Haltestelle wird von der Linie 4 angefahren.

Tagsüber ist in der Hauptverkehrszeit von ca. 06:00 bis 19:00 mit einem Takt von 10 min je Fahrtrichtung und Linie zu rechnen.

Dazwischen ist mit weiteren vereinzelt Zugfahrten für Sonder- oder Verstärkungszüge zu rechnen.

Außerhalb der Hauptverkehrszeiten beträgt der Takt zwischen 15 und 30 Minuten. Nachts können die Arbeiten jeweils in den Nächten von Sonntag / Montag bis Donnerstag / Freitag ausgeführt werden. In den Nächten Freitag / Samstag und Samstag / Sonntag können nur eingeschränkt Arbeiten stattfinden, da die Bahnen nachts durchfahren.

0.1.5 Für den Verkehr freizuhalten Flächen.

Verkehrswege auf den Bahnsteigen dürfen nicht weiter als 1,00 m im Lichten im Bereich der Rampen und 2,00 m auf dem Bahnsteig eingeengt werden.

Die zulässige Tragfähigkeit des Bahnsteiges beträgt 5 kN/m² als Flächenlast.

Wenn der AN z.B. mit Hubsteigern arbeiten will, muss er eine entsprechende Unterverteilung durch Lastverteilungsplatten nach Wahl des AG sicherstellen.

Lagerflächen für Baustelleneinrichtungen können nur sehr eingeschränkt zur Verfügung gestellt werden. Stellflächen sind ggf. mit dem Ordnungsamt abzustimmen. Etwaige Gebühren sind, wenn sie im LV nicht gesondert vergütet werden, in die Einheitspreise mit einzukalkulieren. Sämtliche Baustelleneinrichtungs- und Lagerflächen sind ständig mit einem Bauzaun (H=2,00 m) einzufassen. Die Bauzäune sind standfest aufzustellen und fest miteinander zu verbinden. Erforderliche Türen/Tore sind einzurechnen und werden nicht gesondert vergütet. Benötigt der AN darüber hinaus befestigte Lager- und Baustelleneinrichtungsflächen, hat der AN sich auf eigene Kosten Baustelleneinrichtungsflächen zu schaffen und die entsprechenden Abstimmungen mit den zuständigen Ordnungsämtern durchzuführen. Die Flächen sind nach Abschluss der Arbeiten wieder in den ursprünglichen Zustand zurück zu versetzen. Sämtliche Kosten, einschl. der Gebühren für die Herstellung von Lager- und Baustelleneinrichtungsflächen sind in die Position "Baustelleneinrichtung" einzurechnen.

0.1.6 Art, Lage, Maße und Nutzbarkeit von Transporteinrichtungen und Transportwegen, z.B. Montageöffnungen.

keine

0.1.7 Lage, Art, Anschlusswert und Bedingungen für das Überlassen von Anschlüssen für Wasser, Energie und Abwasser.

Der AN hat die erforderlichen Ver- und Entsorgungseinrichtungen herzustellen, zu betreiben und wieder ordnungsgemäß zurück zu bauen. Greift er hierzu in den öffentlichen Verkehrsbereich ein, hat er auch sämtliche Baubehelfe und Verkehrssicherungsmaßnahmen durchzuführen.

Die Anschlussmöglichkeiten sind vom AN selbst zu erkunden und herzustellen.

Die ordnungsgemäße Abwasser- und Abfallentsorgung liegt in der alleinigen Verantwortung des AN und ist kostenmäßig einzurechnen. Sämtliche Gebühren für die Ver- und Entsorgung, sowie die Verbrauchskosten trägt der AN. Auf den Bahnsteigen befinden sich Schaltschränke mit 230 V-Anschluss, die auf Nachfrage in bestimmten Fällen genutzt werden können. Dies gilt jedoch nicht für Schweißarbeiten und nur unter der Voraussetzung, dass im Gleisbereich Elektrogeräte der Schutzklasse II (gekennzeichnet mit SK II oder einem doppelten Quadrat) verwendet werden. Im Falle einer elektrischen Verbindung zwischen Schutzklasse I-Geräten mit den Schienen können die Geräte versteckte Defekte bekommen und nicht mehr gefahrlos benutzbar sein. Die Kosten hierfür sind in die Position "Baustelleneinrichtung" einzurechnen.

0.1.8 Lage und Ausmaß der dem Auftragnehmer für die Ausführung seiner Leistungen zur Benutzung oder Mitbenutzung überlassenen Flächen und Räume.

An das Baufeld angrenzende Flächen sind gem. DIN 18915, DIN 18920 und RAS-LP 4 zu schützen. Flächen außerhalb der Arbeitsräume dürfen nicht berührt werden. Schäden, die in diesem Bereich durch den AN verursacht werden, sind in vollem Umfang zu seinen Lasten zu regeln.

Verstöße gegen die Bestimmungen des Naturschutzes werden als Ordnungswidrigkeit geahndet.

0.1.9 Bodenverhältnisse, Baugrund und seine Tragfähigkeit. Ergebnisse von Bodenuntersuchungen.

keine

0.1.10 Hydrologische Werte von Grundwasser und Gewässern. Art, Lage, Abfluss, Abflussvermögen und Hochwasserverhältnisse von Vorflutern. Ergebnisse von Wasseranalysen.

keine

0.1.11 Besondere umweltrechtliche Vorschriften.

Bei den Bauarbeiten wird auf die Einhaltung und Beachtung des geänderten Bundesimmissionsschutzgesetzes (BimSchG) in der aktuellen Fassung, einschl. der dazu erlassenen Verordnungen (insbesondere die 32. BimSchV) sowie die Einhaltung der TA Lärm hingewiesen.

Kosten für erforderliche Schutzmaßnahmen sind in das Angebot einzurechnen.

Öffentlichkeitsarbeit, insbesondere das Erstellen von Anliegerinformationen, ist Sache des AG.

0.1.12 Besondere Vorgaben für die Entsorgung, z. B. Beschränkungen für die Beseitigung von Abwasser und Abfall.

Die schadlohe Ableitung des Niederschlagwassers während der Bauzeit ist Sache des AN. (siehe auch VOB/C DIN 18299, Abs. 4.1.10.)

Die Entsorgung von Bauabfällen ist entsprechend der Normen auszuführen und nachzuweisen.

0.1.13 Schutzgebiete oder Schutzzeiten im Bereich der Baustelle, z. B. wegen Forderungen des Gewässer-, Boden-, Natur-, Landschafts- oder Immissionsschutzes; vorliegende Fachgutachten oder dergleichen.

keine

0.1.14 Art und Umfang des Schutzes von Bäumen, Pflanzenbeständen, Vegetationsflächen, Verkehrsflächen, Bauteilen, Bauwerken, Grenzsteinen und dergleichen im Bereich der Baustelle.

Für den Natur-, Landschafts-, Immissions- und Gewässerschutz gelten die einschlägigen Bestimmungen in der jeweils geltenden Fassung.

Insbesondere zu beachten sind:

Straßen- und Grünanlagenverordnung

Richtlinien zum Schutz von Bäumen und Großgehölzen in der Landeshauptstadt Hannover

Baumschutzsatzung

RAS-LP4, Richtlinie für die Anlage von Straßen, Teil Landschaftspflege, Abschnitt 4: Schutz von Bäumen, Vegetationsbeständen und Tieren bei Baumaßnahmen.

DIN 18920, Vegetationstechnik im Landschaftsbau - Schutz von Bäumen, Pflanzbeständen und Vegetationsflächen bei Baumaßnahmen.

Alle Maßnahmen zum Schutz der Umwelt sind in eigener Verantwortung des AN gewissenhaft durchzuführen.

Bei Schleifarbeiten (oberirdisch und unterirdisch) ist der Schleifstaub durch geeignete Absauggeräte aufzufangen.

Die vorhandenen Flächen und die Bahnsteige dürfen durch die Leistungen des AN nicht beschädigt werden. Beschädigungen der Flächen, Vegetation und Bauteilen hat der AN auf seine Kosten zu beseitigen.

0.1.15 Art und Umfang der Regelung und Sicherung des öffentlichen Verkehrs.

Die verkehrsbehördliche Anordnung ist durch den AN von der Verkehrsbehörde einzuholen und zu beachten.

0.1.16 Im Bereich der Baustelle vorhandene Anlagen, insbesondere Abwasser- und Versorgungsleitungen.

keine

0.1.17 Bekannte oder vermutete Hindernisse im Bereich der Baustelle, z.B. Leitungen, Kabel, Dräne, Kanäle, Bauwerksreste und, soweit bekannt, deren Eigentümer.

keine

0.1.18 Bestätigung, dass die im jeweiligen Bundesland geltenden Anforderungen zu Erkundungs- und gegebenenfalls Räumungsmaßnahmen hinsichtlich Kampfmitteln erfüllt wurden.

keine

0.1.19 Gemäß der Baustellenverordnung getroffene Maßnahmen.

keine

0.1.20 Besondere Anordnungen, Vorschriften und Maßnahmen der Eigentümer (oder der anderen Weisungsberechtigten) von Leitungen, Kabeln, Dränen, Kanälen, Straßen, Wegen, Gewässern, Gleisen, Zäunen und dergleichen im Bereich der Baustelle.

keine

0.1.21 Art und Umfang von Schadstoffbelastungen, z.B. des Bodens, der Gewässer, der Luft, der Stoffe und Bauteile; vorliegende Fachgutachten oder dergleichen.

keine

0.1.22 Art und Zeit der vom Auftraggeber veranlassten Vorarbeiten.

keine

0.1.23 Arbeiten anderer Unternehmer auf der Baustelle.

keine

0.2 Angaben zur Ausführung

0.2.1 Vorgesehene Arbeitsabschnitte, Arbeitsunterbrechungen und Arbeitsbeschränkungen nach Art, Ort und Zeit sowie Abhängigkeit von Leistungen anderer.

keine

0.2.2 Besondere Erschwernisse während der Ausführung, z.B. Arbeiten in Räumen, in denen der Betrieb weiterläuft, Arbeiten im Bereich von Verkehrswegen oder bei außergewöhnlichen äußeren Einflüssen.

Der Fahrgastbetrieb läuft während der Baumaßnahmen weiter und darf zu keiner Zeit signifikant beeinträchtigt werden.

0.2.3 Vorgaben, die sich aus dem SiGe-Plan gemäß Baustellenverordnung ergeben.

keine

0.2.4 Art und Umfang von Leistungen zur Unfallverhütung und zum Gesundheitsschutz für Mitarbeiter anderer Unternehmen, z.B. trittsichere Abdeckungen.

Zum Schutz von Fahrgästen, eigenen Mitarbeitern, anderen Gewerken und sonstigen Personen sind alle begehbaren Flächen hinsichtlich der Verkehrssicherheit besonders aufmerksam zu betrachten. Es ist davon auszugehen, dass abgesperrte Flächen, durch die angeführten Personen begangen werden.

Ein besonderes Augenmerk ist auf die Sicherung von Schächten und anderen Öffnungen zu legen.

Nur bei Erfordernis sind diese Öffnungen zu öffnen und durch Absperrvorrichtungen zu sichern. Bei Nichterfordernis sind die Öffnungen verschlossen und trittsicher zu hinterlassen.

0.2.5 Besondere Anforderungen für Arbeiten in kontaminierten Bereichen, gegebenenfalls besondere Anordnungen für Schutz- und Sicherheitsmaßnahmen.

keine

0.2.6 Besondere Anforderungen an die Baustelleneinrichtung und Entsorgungseinrichtungen, z.B. Behälter für die getrennte Erfassung.

Abfälle sind sortenrein zu entsorgen. Die Entsorgung ist nachzuweisen.

0.2.7 Besonderheiten der Regelung und Sicherung des Verkehrs, gegebenenfalls auch, wieweit der Auftraggeber die Durchführung der erforderlichen Maßnahmen übernimmt.

Der AN hat durch entsprechende Absperrungen dafür zu sorgen, dass Passanten und Fahrgäste zu keinem Zeitpunkt gefährdet werden. Materiallager und Baustelleneinrichtungen sind durch Zäune zu sichern. Befinden sich elektrisch leitende Absperrungen innerhalb eines Bereiches von 4,00 m von der Gleisachse, sind die Absperrungen an die Bahnerdung anzuschließen.

Der AN hat bestehende Schutzvorschriften (Unfallverhütungsvorschriften, BO Strab, DA-Gleisbereich usw.) gewissenhaft zu beachten. Der AN hat alle zur Sicherung der Baustelle erforderlichen Maßnahmen in eigener Verantwortung zu ergreifen. Er haftet für sämtliche aus der Unterlassung solcher Maßnahmen dem AG erwachsenden, unmittelbaren und mittelbaren Schäden und verpflichtet sich, den AG von allen gegen diesen etwa erhobenen Ansprüche, die auf ungenügende Sicherung der Baustelle beruhen, in vollem Umfang freizustellen. Den AG trifft im Verhältnis zu dem AN keinerlei eigene Sicherungspflicht und zwar unbeschadet der im übrigen vorbehaltenen Bauleitung.

Alle verkehrssichernden Maßnahmen zur Sicherung der Baustelleneinrichtung sowie der zum Bau erforderlichen Geräte sind mit dem Ordnungsamt abzustimmen! Die erfolgten Anordnungen und die hieraus entstehenden Kosten gehen zu Lasten des AN.

Die für den Baustellenbereich erforderlichen Absperrmaßnahmen werden vom AG nicht gesondert vergeben und sind in diesem LV als Position enthalten.

Der AN ist verpflichtet, in ausreichenden Abständen die Funktionsfähigkeit aller sicherheitsrelevanten Leistungen zu überprüfen, mindestens aber ein Mal pro Woche. Werden flüssige Brenn- und Treibstoffe im Baugelände gelagert, so sind geeignete Maßnahmen zu treffen, die jedes Eindringen dieser Stoffe in den Untergrund verhindern.

Auf dem Gelände evtl. vorhandene oder das Gebäude berührende Bauteile, Leitungen, Schächte usw. sind gegen Beschädigungen abzusichern. Deren Abbau bzw. Umleitung ist vorher mit den zuständigen Stellen zu klären.

Der Auftragnehmer haftet während der Bauzeit bis zur förmlichen Übergabe der Leistungen an den Auftraggeber für alle Schäden, die durch die Bautätigkeit an Erschließungsleitungen, an bestehenden Ver- und Entsorgungsleitungen, öffentlichen und privaten Verkehrsanlagen, Bepflanzungen und Grünanlagen der an das Grundstück grenzenden Bebauung und an sonstigen Anlagen auf dem Baugrundstück und benachbarten Grundstücken entstehen.

Der AN trägt für die Befolgung aller Sicherheitsvorschriften die alleinige Verantwortung. Besonders wird auf die gesetzliche Haftung für Menschenleben, sowie für alle Schäden und Folgen aus der Baustelleneinrichtung, den Bau von Rüstungen und anderen Baubehelfen, sowie einer nicht sachgemäßen Baudurchführung, aufmerksam gemacht.

Die Haftung verbleibt uneingeschränkt beim AN.

0.2.8 Besondere Anforderungen an das Auf- und Abbauen sowie Vorhalten von Gerüsten.

Bei Aufbau, Abbau, Umsetzung und Benutzung von Gerüsten ist ein Sicherheitsabstand von 1,5m zur Oberleitung einzuhalten. Dieser Sicherheitsabstand gilt sowohl für die Gerüste selber, die eingesetzte Geräte inklusive Wirkungsradius als auch das Personal.

0.2.9 Mitbenutzung fremder Gerüste, Hebezeuge, Aufzüge, Aufenthalts- und Lagerräume, Einrichtungen und dergleichen durch den Auftragnehmer.

keine

0.2.10 Wie lange, für welche Arbeiten und gegebenenfalls für welche Beanspruchung der Auftragnehmer Gerüste, Hebezeuge, Aufzüge, Aufenthalts- und Lagerräume, Einrichtungen und dergleichen für andere Unternehmer vorzuhalten hat

keine

0.2.11 Verwendung oder Mitverwendung von wiederaufbereiteten (Recycling-) Stoffen.

keine

0.2.12 Anforderungen an wiederaufbereitete (Recycling-)Stoffe und an nicht genormte Stoffe und Bauteile.

keine

0.2.13 Besondere Anforderungen an Art, Güte und Umweltverträglichkeit der Stoffe und Bauteile, auch z.B. an die schnelle biologische Abbaubarkeit von Hilfsstoffen.

keine

0.2.14 Art und Umfang der vom Auftraggeber verlangten Eignungs- und Gütenachweise.

Der AN hat die erforderlichen Nachweise über die Eignung, wie z. B. Prüfzeugnisse, Nachweise über Grund- und Eignungsprüfungen, Verarbeitungsvorschriften, Nachweise über die Gütesicherung etc. in gültiger Fassung für die einzubauenden Baustoffe und Bauteile entsprechend der DIN-Normen und sonstigen Vorschriften komplett bis spätestens 2 Wochen vor der Ausführung der Leistungen vorzulegen. Die Unterlagen sind nach einzelnen Stoffen gem. Einsatz getrennt, unter Zuordnung zu den jeweiligen OZ zur Prüfung und Genehmigung in 2-facher Ausfertigung vorzulegen. Die Arbeiten dürfen erst ausgeführt werden, wenn die vorgenannten Unterlagen und Anweisungen, sowie die geprüften und zur Ausführung frei gegebenen Ausführungsunterlagen auf der Baustelle vorliegen.

0.2.15 Unter welchen Bedingungen auf der Baustelle gewonnene Stoffe verwendet werden dürfen oder müssen oder einer anderen Verwertung zuzuführen sind.

keine

0.2.16 Art, Zusammensetzung und Menge der aus dem Bereich des Auftraggebers zu entsorgenden Böden, Stoffe und Bauteile; Art der Verwertung bzw. bei Abfall die Entsorgungsanlage; Anforderungen an die Nachweise über Transporte, Entsorgung und die vom Auftraggeber zu tragenden Entsorgungskosten.

siehe 0.2.6

0.2.17 Art, Anzahl, Menge oder Masse der Stoffe und Bauteile, die vom Auftraggeber beigelegt werden, sowie Art, genaue Bezeichnung des Ortes und Zeit ihrer Übergabe.

keine

0.2.18 In welchem Umfang der Auftraggeber Abladen, Lagern und Transport von Stoffen und Bauteilen übernimmt oder dafür dem Auftragnehmer Geräte oder Arbeitskräfte zur Verfügung stellt.

keine

0.2.19 Leistungen für andere Unternehmer.

keine

0.2.20 Mitwirken beim Einstellen von Anlageteilen und bei der Inbetriebnahme von Anlagen im Zusammenwirken mit anderen Beteiligten, z.B. mit dem Auftragnehmer für die Gebäudeautomation.

keine

0.2.21 Benutzung von Teilen der Leistung vor der Abnahme.

Die Arbeiten werden im laufenden Betrieb ausgeführt. Die durch den AN bereit gestellten Schutzmittel für die erbrachte Leistung sind einzusetzen. Zusätzliche Schutzmaßnahmen, um die Bauleistung bis zur Abnahme zu schützen, sind durch den AN zu stellen und in die Teilleistungen einzukalkulieren.

Es werden planmäßig keine Teilabnahmen durchgeführt.

Teilabnahmen werden nur dann durchgeführt, wenn durch Bauunterbrechungen, welche nicht vom AN zu verantworten sind, ein signifikantes Zeitfenster entsteht, welches eine Teilabnahme erforderlich macht.

0.2.22 Übertragung der Wartung während der Dauer der Verjährungsfrist für die Mängelbeseitigungsansprüche für maschinelle und elektrotechnische sowie elektronische Anlagen oder Teile davon, bei denen die Wartung Einfluss auf die Sicherheit und die Funktionsfähigkeit hat (vergleiche §13 Absatz 4 Nummer 2 VOB/B), durch einen besonderen Wartungsvertrag.

keine

0.2.23 Abrechnung nach bestimmten Zeichnungen oder Tabellen.

keine

0.3 Einzelangaben bei Abweichungen von den ATV

0.3.1 Wenn andere als die in den ATV DIN 18299 bis ATV DIN 18459 vorgesehenen Regelungen getroffen werden sollen, sind diese in der Leistungsbeschreibung eindeutig und im Einzelnen anzugeben.

- siehe technische Leistungsbeschreibung -

0.3.2 Abweichende Regelungen von der ATV DIN 18299 können insbesondere in Betracht kommen bei Abschnitt 2.1.1, wenn die Lieferung von Stoffen und Bauteilen nicht zur Leistung gehören soll, Abschnitt 2.2, wenn nur ungebrauchte Stoffe und Bauteile vorgehalten werden dürfen, Abschnitt 2.3.1, wenn auch gebrauchte Stoffe und Bauteile geliefert werden dürfen.

- siehe technische Leistungsbeschreibung -

0.4 Einzelangaben zu Nebenleistungen und Besonderen Leistungen

0.4.1 Nebenleistungen

- siehe technische Leistungsbeschreibung -

0.4.2 Besondere Leistungen

- siehe technische Leistungsbeschreibung -

Baubeschreibung

1. Baubeschreibung

1.1 Angaben zur Ausführung

1.1.1 Bauablauf

Folgende Leistungen sind Bestandteil dieser Ausschreibung:

- Betoninstandsetzung und Belagssanierung am Hochbahnsteig (Abbrucharbeiten von losem Beton, lokale Betoninstandsetzung)

Alle Arbeiten sind unter der Erschwernis des kontinuierlich laufenden Stadtbahnbetriebes (auf der Schiene und den Bahnsteigen) auszuführen.

Der AN muss für die Sicherheit der Beschäftigten die üstra-Sicherheitsvorschriften beachten. Die Erschwernisse zur Einhaltung und Durchführung sind in die Einheitspreise einzukalkulieren.

Die Arbeiten sind innerhalb der vertraglich vereinbarten Bauzeit durchzuführen.

Die Reihenfolge der Arbeiten kann frei vom AN unter Einhaltung der vertraglich vereinbarten Bauzeit gewählt werden. Der AN muss mit der abschnittweisen Ausführung der Arbeiten rechnen. Hierbei ist sicher zu stellen, dass am Ende eines Arbeitseinsatzes sämtliche Flächen wieder geräumt und gesichert sind.

Der AN hat unmittelbar nach Auftragserteilung (auch mündlich), spätestens jedoch innerhalb von 12 WT danach, einen Bauzeitenplan als Balkenterminplan vorzulegen und mit dem AG abzustimmen.

Die geplante Bauzeit entspricht einem abgestimmten Jahresplan und ist einzuhalten; bei wesentlichen Änderungen durch Ablaufverschiebungen sind die üstra AG und die Straßenverkehrsbehörde der Landeshauptstadt Hannover unverzüglich zu benachrichtigen. Die Bauzeit ist der Anlage 214 zu entnehmen.

Die Arbeiten sind vorab bei der Betriebsleitstelle anzumelden und durch das Aufstellen einer Sh 2-Tafel im Gleis zu sichern. In dieser Zeit können nur Arbeiten ohne Maschineneinsatz und größere Geräte durchgeführt werden. Der Gleisbereich muss bei Ankunft einer Bahn kurzfristig freigeräumt, verlassen und der vorhandene Sicherheitsraum aufgesucht werden. Die Lage des Sicherheitsraumes ist für jede Arbeitsstelle bei der Bauaufsicht zu erfragen.

Nach Abschluss der Schicht ist die Sh2-Tafel zu entfernen und die Leitstelle darüber in Kenntnis zu setzen.

Unterbrechungen infolge von schlechter Witterung sind nur dann zulässig, wenn diese technisch zwingend erforderlich sind. Witterungsschutzmaßnahmen, die zur Aufrechterhaltung der Arbeiten unter den während der Bauzeit zu erwartenden Witterungsverhältnissen notwendig werden, sind in die Position "Baustelleneinrichtung" einzurechnen.

Sperrpausen:

Die erforderlichen verlängerten Sperrpausen sind im Vorfeld mit dem Betrieb der üstra AG besprochen und bereits datenmäßig festgelegt. Falls zusätzliche Pausen erforderlich werden und der AN sie schuldhaft verursacht hat, sind die Kosten vom AN zu tragen. Die Anmeldung erfolgt durch die üstra-Bauaufsicht.

Normale, nicht verlängerte Betriebspausen sind mit der Bauaufsicht zu besprechen und werden dann von dieser angemeldet.

Nur in den Sperrpausen kann der Fahrstrom abgeschaltet und geerdet werden (Veranlassung durch den AG). Es ist zu beachten, dass

die Abschaltung / Anschaltung des Fahrstroms etwa 20 min in Anspruch nimmt.

Schichtdienst:

Für Schichtdienst außerhalb der geregelten Arbeitszeit (Nachtschicht, Sonntagsarbeit) hat der AN entsprechende Genehmigungen einzuholen. Die Genehmigungen sind rechtzeitig, in der Regel mind. fünf Werktage zuvor bei der AG - Bauüberwachung vorzulegen. Überstundenzuschläge für Nacht- und Wochenendarbeit sind einzurechnen und werden nicht gesondert vergütet. Der AN hat beim zuständigen Gewerbeaufsichtsamt die Arbeiten an Sonntagen anzumelden. Die Kosten hierfür, sowie die Zuschläge für Sonntagsarbeit werden nicht gesondert vergütet.

Arbeiten unter Fahrstromabschaltung:

In Bereichen, die weniger als 1,50m von der Fahrleitung entfernt sind, sind Arbeiten nur in den nächtlichen Betriebspausen (ca. 2 Std.) mit Fahrstromabschaltung möglich. Diese Arbeiten können nur in den Nächten von So./Mo. bis Do./Fr. ausgeführt werden.

Die Fahrstromabschaltung führt die üstra oder eine von Ihr beauftragte Firma aus. Nachtschichten mit Stromabschaltung sind so gering wie möglich zu halten. Die Stromabschaltungen hat der Auftragnehmer bei der üstra 2 Wochen vorher anzumelden. Es ist zu beachten, dass für Arbeiten, bei denen eine Stromabschaltung erforderlich ist, effektiv keine zwei Stunden Arbeitszeit zur Verfügung stehen, da die Ab- und Anschaltung sowie das Erden etwa 20 Minuten dauert.

Bauliche Anlagen:

Die vorhandenen Flächen und die Bahnsteige dürfen durch die Leistungen des AN nicht beschädigt werden. Beschädigungen der Flächen und Bauteile hat der AN auf seine Kosten zu beseitigen.

1.1.2 Besondere Erschwernisse während der Ausführung

Es ist darauf zu achten, dass Fahrgäste und Passanten durch die Arbeiten nicht gefährdet werden. Der Betrieb des Verkehrsunternehmens darf durch die Arbeiten zu keiner Zeit gestört oder behindert werden. Der AN hat seine Arbeitsbereiche auf den Zuwegungen zu den Bahnsteigen und den Bahnsteigen selbst den Fahrgastströmen anzupassen und die Arbeitsstellen ordnungsgemäß abzusichern.

1.1.3 Besondere Anforderungen an den Baustelleneinrichtungen

Nachtarbeit:

Die Bahnsteige verfügen über eine Grundbeleuchtung, die in Abstimmung mit dem AG genutzt werden kann. Die Beleuchtung reicht aber nicht aus, um die erforderliche Beleuchtungsstärke gemäß UVV/ArbStättVO sicher zu stellen, so dass der AN seine eigene Beleuchtung zur Ausleuchtung seiner Baufelder einsetzen muss. Die Beleuchtung muss standsicher aufgestellt sein und darf den Stadtbahnfahrer nicht blenden. Sofern Fahrbetrieb stattfindet, darf die Beleuchtung nicht in den Lichtraum der Stadtbahn hineinragen. Die Kosten hierfür sind in die Position "Baustelleneinrichtung" einzurechnen.

1.1.4 Baustellenbesprechungen

Ergebnisse von Baustellenbesprechungen, die voraussichtlich Abweichungen von der vertraglich festgelegten Leistung und ggf. preisliche Änderungen zur Folge haben, sind nur dann gültig, wenn sie auf Antrag des AN vom AG schriftlich - im Einzelfall mündlich vorab - bestätigt worden sind. Ungeachtet dieser Festlegungen sind die Ergebnisse der Baustellenbesprechungen vor Ort vom AN zu protokollieren und von der Bauüberwachung des AG gegenzuzeichnen. Letztere erhält sofort eine Durchschrift. Eine gesonderte Vergütung hierfür erfolgt nicht.

Baustellenbesprechungen werden nach Bedarf, jedoch mind. alle zwei Wochen vor Ort durchgeführt. Der zuständige Bauleiter bzw. der Bevollmächtigte des AN hat anwesend zu sein. Daraus entstehende Kosten sind in das Angebot einzurechnen.

1.1.5 Ausführungsunterlagen

Der AN bestätigt mit seiner Unterschrift auf allen Originalen der Ausführungsunterlagen deren Richtigkeit. Die Kosten für die Erstellung der Ausführungsunterlagen sind, sofern keine gesonderten Positionen vorhanden sind, in das Angebot einzurechnen.

Der AN hat von allen von ihm eingebauten Materialien die Datenblätter- und Sicherheitsdatenblätter der Hersteller, sowie der bauaufsichtlichen Zulassungen, etc. sowie die Ausführungsunterlagen/Werkstattplanung dem AG zu übergeben.

1.2 Schlussabnahme

Nach Beendigung der gesamten Bauarbeiten ist die Schlussabnahme (gem. § 12 Abs. 2a VOB/B) vom Auftragnehmer schriftlich zu beantragen.

Voraussetzungen für die Schlussabnahme sind: Spätestens zur Schlussabnahme müssen alle gem. der einschlägigen techn. Vorschriften erforderlichen Nachweise, wie z. B. Ergebnisse der Kontrollprüfungen, Eigenüberwachungsprüfungen, etc. sowie sonstige Gütenachweise vollständig vorliegen.

Aufmaße, Wiegescheine und andere Nachweise, sowie die zugehörigen Mengenermittlungen. Diese sind Bestandteil der vertragsgemäßen Leistung. Die Abnahme der Leistungen kann daher erst dann erfolgen, wenn diese Unterlagen für sämtliche Leistungen, auch für Nachtragsleistungen komplett vorliegen.

Vorgenannte Absätze gelten sinngemäß auch für die Abnahme von Leistungen zur Beseitigung von Mängeln innerhalb der Verjährungsfrist von Mängelansprüchen.

ZTV Allgemeine Hinweise

2. Zusätzliche Technische Vertragsbedingungen (ZTV)

2.1 Allgemeines

Die Vertragsbedingungen sind sofern die gültige Fassung nachstehend oder an anderer Stelle im Bauvertrag nicht angegeben ist in der 3 Monate vor Ablauf der Angebotsfrist gültigen Fassung maßgebend. In Zweifelsfällen ist der AG zu befragen.

DIN-Normen sind gemäß § 4 Nr. 2 und § 13 Nr. 1 VOB/B als anerkannte Regeln der Technik zu beachten. Diese müssen somit nicht gesondert vereinbart werden.

Die für die Baudurchführung relevanten DIN- und Verwaltungsvorschriften sowie einschlägige Richtzeichnungen hat der AN während der Bauzeit zur Einsichtnahme auf der Baustelle vorzuhalten.

ZTV Verkehrssicherung

2.2 ZTV - Verkehrssicherung

Zusätzlich sind insbesondere folgende Technischen Vorschriften zu beachten:

ZTV SA 97 mit ARS Nr. 18/1999 und 19/1999

Zusätzliche Technische Vertragsbedingungen und Richtlinien für Sicherungsarbeiten an Arbeitsstellen an Straßen

TL-Leitkegel, Ausgabe 1994

Technische Lieferbedingungen für Leitkegel

TL-Aufstellvorrichtungen, Ausgabe 1997

Technische Lieferbedingungen für Aufstellvorrichtungen für Schilder und Verkehrseinrichtungen an Arbeitsstellen

TL-Warnbänder, Ausgabe 1997

Technische Lieferbedingungen für Warnbänder bei Arbeitsstellen an Straßen

TL-Leitelemente, Ausgabe 1997
Technische Lieferbedingungen für bauliche Leitelemente

TL-Transportable Lichtsignalanlagen, Ausgabe 1997
Technische Lieferbedingungen für transportable Lichtsignalanlagen

TL-Transportable Schutzeinrichtungen , Ausgabe 1997
Technische Lieferbedingungen für transportable Schutzeinrichtungen

TL-Absperrtafeln, Ausgabe 1997
Technische Lieferbedingungen für fahrbare Absperrtafeln

-

- TL-Leitbaken, Ausgabe 1997
Technische Lieferbedingungen für Leit- und Warnbaken

RSA, Ausgabe 2021
Richtlinien für die Sicherung von Arbeitsstellen an Straßen

M VAS 99, Ausgabe 1999
Merkblatt über Rahmenbedingungen für erforderliche Fachkenntnisse zur Verkehrssicherung von Arbeitsstellen an Straßen

ZTV Straßen, Wege, Plätze

2.3ZTV - Straßen, Wege und Plätze

Zusätzlich sind insbesondere folgende Technischen Vorschriften zu beachten:

ZTV-ING, Ausgabe 2026/01
Zusätzliche Technische Vertragsbedingungen und Richtlinien für Ingenieurbauten. Es gelten grundsätzlich alle in Teil 10 der ZTV-ING aufgeführten Regelwerke, auch wenn die Regelwerke im Weiteren nicht noch mal explizit aufgeführt sind.

ZTV La StB, Ausgabe 2005 99
Zusätzliche Technische Vertragsbedingungen und Richtlinien für Landschaftsbauarbeiten im Straßenbau

RAS-LP 4, Ausgabe 1999
Richtlinie für die Anlage von Straßen, Teil Landschaftspflege Abschnitt 4: Schutz von Bäumen, Vegetationsbeständen und Tieren bei Baumaßnahmen

Merkblatt für die Herstellung von halbstarren Deckschichten (M HD), Forschungsgesellschaft für das Strassen- und Verkehrswesen (FGSV)

ZTV-Wegebau, Ausgabe 2013
Zusätzliche Technische Vertragsbedingungen für den Bau von Wegen und Plätzen außerhalb der Flächen des Straßenverkehrs

2.3.1 Angaben zur Ausführung

Der Auftragnehmer hat sich vor Arbeitsausführung über die genaue Lage von Hindernissen, wie Leitungen, Kabel, Kanäle, Vermarkungen u. dgl. zu informieren und ggf. eine Aufgrabungserlaubnis der Rechtsträger einzuholen. Notwendige Umlegungen sind rechtzeitig vom Auftragnehmer zu beantragen. Baustellen- und endgültige Anschlüsse müssen grundsätzlich zugänglich bleiben und geschützt werden.

Im Zweifel ist vom AN an den AG ein Hinweis zu geben, erforderlichenfalls ist eine Festlegung zu treffen.

Die nach ATV DIN 18299 Abschnitt 4.1.11 durch den AN zu beseitigenden Verunreinigungen beziehen sich auch auf die Verunreinigung der öffentlichen Verkehrswege durch Fahrzeuge und Maschinen des AN oder seiner Subunternehmer. Solche Verunreinigungen sind durch geeignete Maßnahmen möglichst zu vermeiden. Trotzdem auftretende Verunreinigungen sind so rechtzeitig zu beseitigen, dass durch sie keine Gefährdung des öffentlichen Verkehrs entstehen kann.

Bereits vorhandene Absteckungen, Grenzsteine, Festpunkte, Höhenmarken u. dgl. sind vom AN vor Arbeitsbeginn zu sichern. Schutzmaßnahmen gegen Beschädigung oder Verschmutzung an angrenzenden Gebäuden oder Bauteilen sind durch den AN rechtzeitig und eigenverantwortlich vor Aufnahme der Arbeiten zu treffen. Hierzu gehören auch die entsprechenden Bausicherungsmaßnahmen.

Beim Aushub im Bereich von zu erhaltendem Baumbestand sind besondere Maßnahmen zu treffen. Der Wurzelbereich soll nicht verletzt werden. Über Schutzmaßnahmen und notwendige Eingriffe ist mit dem AG Rücksprache zu halten.

Die Ränder der einzelnen Schichten sind abzuböschern, falls keine Randeinfassung oder Schalung vorgesehen ist. Anschlüsse an bestehende Bauteile, insbesondere Schächte, sind ohne Absätze auszuführen. Im Einzelfall ist von der Bauleitung des AG zu entscheiden, ob die Schichtdicke oder die vorhandene bauliche Anlage anzupassen ist.

2.3.2 Erdarbeiten/ Verdichtungsnachweis

Alle Bodenaufschüttungen müssen ausreichend verdichtet werden. Der Bieter hat für jeden Boden eine Probeverdichtung an einem Probefeld durchzuführen und Verdichtungsgeräte und Verdichtungserfolg aufeinander abzustimmen. Diese Leistungen werden nicht gesondert vergütet und sind in die Einheitspreise dieses Gewerkes einzukalkulieren. Der geforderte Verdichtungsgrad bzw. Verformungsmodul für den eingebauten Erdstoff ist vom Bieter mit geeigneten Geräten nachzuweisen.

2.3.3 Tragschichten, Frostschutzschichten

Werden unter den Trag- oder Frostschutzschichten Sauberkeitsschichten zur Ableitung von Oberflächenwässern notwendig, so sind diese bis zur Böschung oder Sickergräben zu führen. Tragschichten unter Pflaster- und Plattenbelägen sollen wasserdurchlässig sein; bei vorhandenen wasserundurchlässigen Tragschichten im Bestand ist die Wasserableitung durch Gefälle oder Dränage zu sichern. Sind Sieblinienbereiche vorgeschrieben, so müssen diese dem eingebauten Zustand entsprechen; eine Entmischung ist zu verhindern. Bituminös gebundene Tragschichten für Pflaster sind mit dem oberen zulässigen Hohlraumgehalt nach ZTVT-StB herzustellen; die Oberflächen der Tragschichten müssen das Gefälle des Belags aufweisen. Für die Bettung von Pflaster aus künstlichen Steinen oder gebranntem Material darf kein ausblühfähiges Recycling-Material verwendet werden.

2.3.4 Oberbauschichten, Deckschichten

Die Nachbehandlung einer Deckschicht aus Beton erfolgt gemäß den Vorgaben von DIN 1045-3. Wird die Aufhellung von Asphaltdeckschichten verlangt, so ist diese durch die Kombination von Zugabe aufhellender natürlicher oder künstlicher Zuschlagstoffe und Aufbringen ähnlicher Stoffe auf die Oberfläche herzustellen. Die vorgegebenen Festigkeitseigenschaften dürfen dadurch nicht gemindert werden.

2.3.5 Pflasterdecken, Plattenbeläge

Bei Rändern, Anschlüssen an Bordsteine und dgl. sind Anfangs-, End- und Randsteine zu verwenden, wenn das Steinformat das erfordert bzw. erlaubt. Dies unter dem Vorbehalt der Lieferbarkeit. Wird Betonsteinpflaster maschinell verlegt, so sind nur Steine mit Abstandhaltern zu verwenden. Das entbindet nicht vom Abschnüren bei geradlinigem Fugenverlauf.

Unterschiedliche Dicken der Pflastersteine sind nicht in der Bettung, sondern bereits in der Tragschicht auszugleichen, falls das Höchstmaß der Bettungsdicke überschritten würde.
Das Pflasterbett ist mit der erforderlichen Überhöhung zum Erreichen der Sollhöhe herzustellen.

Beim Verrütteln von Pflasterbelägen ist darauf zu achten, dass angrenzende Bauteile hierbei keinen Schaden davontragen. Rüttelwalzen dürfen nicht eingesetzt werden. Beim Gefällewechsel sowie beim Anschluss an andere Beläge, Rinnen und dgl. darf nicht über die Kante hinausgerüttelt werden. Es sind Flächenrüttler mit Gummischuh oder Neoprene-Schutzplatte zu verwenden. Die Umwucht ist niedrig einzustellen. Das Rütteln soll vom befestigten Rand zur Mitte hin erfolgen.

Bei Sandverschluss der Fugen nach dem Rütteln ist der Restsand erst unmittelbar vor Übergabe der Leistung abzukehren. Um unnötige Schneidarbeiten zu vermeiden, soll vor endgültiger Fixierung der Begrenzungen (Borde u.ä.) bei beidseitig begrenzten Wegen ein Pflasterstreifen über die vorgesehene Breite verlegt werden. In Abhängigkeit vom Steinmaß ist mit der Bauleitung die endgültige Breite abzustimmen. Eine Verkleinerung des Maßes kommt regelmäßig nicht in Betracht.

Bei Verbundpflaster sind nach Absprache mit der Bauleitung im Bereich geplanter oder möglicher späterer Aufgrabungen Ausgleichsfugen anzulegen, um den Verband nicht zu beschädigen.
Bei vermörtelten Fugen sind ggf. über den Scheinfugen von Tragschichten oder an Einbauten und aufgehenden Bauteilen sowie grundsätzlich im Raster von 8 m Bewegungsfugen anzuordnen.

2.3.6 Bordsteine, Einfassungssteine

Bordsteine aus Beton sollen zur Sicherung gegen Kantenpressung mit angeformten Abstandhaltern versehen sein. Anderenfalls sind dafür entsprechende Maßnahmen (als Nebenleistung) zu treffen.
Bögen in der Einfassung sind mit Formsteinen herzustellen; ist das wegen des vorgesehenen Radius nicht möglich, sind die Borden und ähnliche Einfassungen zu teilen und die Stirnseiten schräg zu schneiden.
Die Vorderkante von Bordsteinen aus Beton soll geringfügig abgerundet sein.

2.3.7 Entwässerung

Roste für Straßeneinläufe sind - sofern sich der Einlauf noch über dem Straßenniveau befindet - während der Bauzeit zum Schutz vor Leistungsver Verschmutzung mit einer Folie zu unterlegen.
Entwässerungsrinnen aus Fertigteilen sind so einzubauen, dass aus der anschließenden Oberflächenbefestigung keine Horizontalkräfte durch Fahrzeuge oder Temperaturänderungen eingetragen werden.
Roste müssen vor dem Herstellen der Oberflächenbefestigung eingelegt sein; ersatzweise sind Absteifungen der Kanten vorzunehmen.

2.3.8 Reparaturarbeiten

Beim Öffnen von Pflasterdecken sind die freien Ränder in der Lage zu sichern. Alle Deckschichten sind soweit zurück zu bauen, dass sie nicht durch nachrutschendes Erdreich oder Unterspülungen Hohlstellen bekommen.

ZTV Betonschutz und Betoninstandsetzung

2.4ZTV - Betonschutz und Betoninstandsetzung

Zusätzlich sind insbesondere folgende Technischen Vorschriften zu beachten:

ZTV-ING, Ausgabe 2026/01

Zusätzliche Technische Vertragsbedingungen und Richtlinien für Ingenieurbauten. Es gelten grundsätzlich alle in Teil 10 der ZTV-ING aufgeführten Regelwerke, auch wenn die Regelwerke im Weiteren nicht noch mal explizit aufgeführt sind.

DIN 1045-1
Beton und Stahlbetonbau Bemessung und Ausführung

DIN 18 349
Betonerhaltungsarbeiten

DIN 18 551
Spritzbeton Herstellung und Prüfung

DIN 18 540-F
Abdichten von Außenwandfugen im Hochbau

DIN 18 451
Gerüstarbeiten

DIN 18 350
Putz- und Stuckarbeiten

WHG
Wasserhaushaltsgesetz insbesondere Paragraph 7a (Anforderungen an das Einleiten von Abwasser)

Technische Informationen für die Verarbeitung der Werkstoffe in der jeweils gültigen Fassung

2.4.1 Allgemeines

Der AN soll Mitglied einer Gütegemeinschaft sein. Das Bausstellenfachpersonal soll die Qualifikation durch einen SIVV-Schein nachweisen. Der Nachweis von vergleichbaren Referenzobjekten ist zu erbringen.
Bei der Verarbeitung von SPCC-Mörtel im Spritzverfahren ist ein Düsenführerschein nachzuweisen.

Muster bzw. Probeflächen sind unter örtlichen Bedingungen herzustellen und in einem Protokoll festzuhalten. Dabei können optischer Eindruck, Verbrauchswerte und Schichtdicken festgelegt werden.

Bei Schäden die über eine oberflächennahe Instandsetzung hinausgehen, ist vom AG ein sachkundiger Planungsingenieur (SPI) oder ein Tragwerksplaner bzw. Statiker zur Überprüfung der Standsicherheit einzuschalten. Während des Baufortschritts erkennbare, notwendige Zusatzarbeiten bzw. Mängel, die zum Zeitpunkt der Objektbegehung nicht oder nur unzulänglich einsehbar oder überschaubar waren, sind dem Bauherrn schriftlich mitzuteilen.

Oberflächenbeschaffenheit der Betonuntergründe müssen frei von losen, mürben Teilen und von sich leicht ablösenden, arteigenen Schichten sein. Die Oberfläche darf nicht abmehlen oder absanden und muß frei von artfremden Stoffen (Trennmittel, ungeeignete Altbeschichtungen, Ausblühungen, Bewuchs, Öl, etc.) sein.

Es dürfen nur Materialien eines Produktherstellers eingesetzt werden. Der Produkthersteller muß ein zertifiziertes Unternehmen gemäß DIN ISO 9001 sein. Die Verträglichkeit der aufeinanderfolgenden Schichten ist nachzuweisen. Die Verarbeitung der Materialien muß unter Einhaltung der Herstellervorschriften erfolgen.

Bei den Instandsetzungsarbeiten sind Verunreinigungen von Luft, Wasser und Erde zu vermeiden. Die bei den Instandsetzungsarbeiten anfallenden Leergebinde sind nach den zur Zeit gültigen Umweltschutzbedingungen zu entsorgen.

2.4.2 Nachbehandlung

Nachbehandlung und Schutzmaßnahmen gegen Witterungseinflüsse mittels Folie, wasserhaltender Abdeckung zur Nachbehandlung von Beton gemäß DIN 1045-1.

Eine Nachbehandlung für Beschichtungsstoffe durch Schaffung von jeweils günstigen Trocknungs- und Härtungsbedingungen bis zum Erreichen der Gebrauchseigenschaft ist durchzuführen.

Hinweis

Bei Arbeiten im unmittelbaren Gleisbereich, ist die Dienstanweisung Gleisbereich (DA-Gleis) der ÜSTRA einzuhalten.
Für Arbeiten im Gleisbereich bzw. unmittelbaren Gleisbereich ist ausschließlich in die DA Gleis eingewiesenes Personal zugelassen.
Setzt der AN Subunternehmer ein, so hat er dafür Sorge zu tragen, dass diese ebenfalls nur in die DA Gleis eingewiesenes Personal einsetzen. Hierzu findet im Hause der ÜSTRA eine Schulung statt. Kosten für die Schulung fallen nicht an, es ist jedoch zu berücksichtigen, dass die Schulung eine Dauer von ca. 3 Stunden in Anspruch nimmt.
Eine Vergütung des Personals während der Ausbildung wird vom AG nicht übernommen. Die Arbeitsbereiche sind entsprechend der DA Gleis abzusichern.
Kontaktaufnahme zur Terminvereinbarung unter:
steffen.ruscmeyer@ uestra.de

Hinweis

VOB/B § 2 Abs. 3 findet für Stundenlohnarbeiten keine Anwendung.

Stundenlohnarbeiten für ungeplante, für den ungehinderten Bauablauf erforderliche AdHoc-Maßnahmen, die nur auf Anordnung des fachlich zuständigen Bauleiters durchgeführt werden dürfen. Darüber hinaus anfallende Arbeiten sind als Nachtrag zu erfassen und zusätzlich zu beauftragen.

Die Stundenverrechnungssätze enthalten unaufgegliedert:

- die Lohn- und Gehaltskosten einschl. vermögenswirksamer Leistungen
- die tariflichen und übertariflichen Zuschläge
- die Lohn- und Gehaltsnebenkosten

Alle weiteren Kosten wie ABG, BGK, W+G sind in den Stundenlohnarbeiten nicht aufzuführen, sondern auf die anderen EKT's aufzuteilen.

Die angebotenen Stundenlohnarbeiten werden anhand der Lohnangaben in den Preisermittlungsbögen (221/222) und den weiteren Kalkulationsunterlagen des Angebotes geprüft.
Sofern Unstimmigkeiten festgestellt werden, die nicht aufgeklärt werden können, wird das Angebot von der weiteren Wertung ausgeschlossen.

75	TAH152	EUR
75.1	Sanierung HBST Bleekstraße	EUR
75.1.1	Baustelleneinrichtung und Verkehr	EUR
75.1.1.1	Baustelleneinrichtung	EUR

75.1.1.1.1 Baustelle einrichten	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
	19%	1,00	Psch pro 1,00 Psch
<p>Geräte, Werkzeuge und sonstige Betriebsmittel, die zur vertragsgemäßen Durchführung der Bauleistungen erforderlich sind, auf die Baustelle bringen, bereitstellen und - soweit der Geräteeinsatz nicht gesondert berechnet wird - betriebsfertig aufstellen einschließlich der dafür notwendigen Arbeiten. Die erforderlichen Anlagen herstellen. Baubüros, Unterkünfte, Werkstätten, Lager schuppen und dergleichen, soweit erforderlich, antransportieren, aufbauen und einrichten.</p> <p>Strom-, Wasser-, Fernsprechananschluß und dgl. für die Baustelle, soweit erforderlich, herstellen. Bei Bedarf Zufahrtswege zur Baustelle sowie Lagerplätze, sonstige Platzbefestigungen und Wege im Baustellenbereich anlegen. Oberbodenarbeiten einschließlich Beseitigen von Aufwuchs für die Baustelleneinrichtung, soweit erforderlich, ausführen. Flächen beschaffen, sofern der normale Absperrbereich nicht ausreicht.</p> <p>Soweit nicht für bestimmte Leistungen (z. B. Bedarfsleistungen) für das Einrichten der Baustelle gesonderte Positionen im LV enthalten sind, umfaßt die Pauschale die Vergütung für alle Leistungen sämtlicher Abschnitte des LV einschl. aller Baustellensicherungsmaßnahmen. Das mehrfache Anrücken - bedingt durch den Bauablauf - führt nicht zu einem mehrfachen Abrechnen dieser Position.</p>					

75.1.1.1.2 Baustelle räumen	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
	19%	1,00	Psch pro 1,00 Psch
<p>Baustelle von allen Geräten, Anlagen, Einrichtungen und dergleichen räumen. Benutzte Flächen und Wege entsprechend dem ursprünglichen Zustand unter Wahrung der landschaftspflegerischen Belange ordnungsgemäß herrichten. Soweit nicht für bestimmte Leistungen (z.B. Bedarfsleistungen) für das Räumen der Baustelle gesonderte Positionen im Leistungsverzeichnis enthalten sind, gilt die Pauschale für alle Leistungen sämtlicher Abschnitte des Leistungsverzeichnisses und verschiedenen Gewerke.</p> <p>Das mehrfache Abrücken - bedingt durch den Bauablauf - führt nicht zu einem mehrfachen Abrechnen dieser Position.</p>					

75.1.2	Betonsanierung	EUR				
75.1.2.1	Betonarbeiten	EUR				

75.1.2.1.1	Abstemmen Beton - Kragarm von Unten	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	130,00	lfdm pro 1,00 lfdm

Lösen schollenartigen Beton entfernen und entsorgen.
 Abtragsfläche jeweils ca. Breite 10-30cm x lfd. m
 Der lose Beton befindet sich an der Unterseite des Kragarms direkt hinter der Tropfkante. Der Kragarm ist ca. 70cm über der Oberfläche und auf der Gleisseite des Bahnsteiges.

Lokales Abtragen von "abgesprengtem" Beton.

Die zu bearbeitenden Bereiche werden durch den AG im Beisein des AN festgelegt und markiert.

Die gleisseitige Länge des Bahnsteiges ist insgesamt 140m.

Das Ausbaumaterial ist fachgerecht zu entsorgen. Die Entsorgung ist nachzuweisen. Die Entsorgungskosten sind in den Einheitspreis mit einzurechnen.

Die Arbeiten werden unter dem Bahnsteig im laufenden Betrieb des Hochbahnsteiges ausgeführt. Die Erschwernis und die Abschottung des Arbeitsfeldes ist in diese Position einzupreisen.

75.1.2.1.2	Zulage: Lokales Abstemmen Beton	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	5,00	lfdm pro 1,00 lfdm

Zulage zu Position 75.1.2.1.1 Abstemmen Beton - Kragarm von Unten
 für eine zusätzliche Breite von bis zu 10cm

75.1.2.1.3	Strahlen mit festem Strahlgut - Kragarm von Unten	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	130,00	lfdm pro 1,00 lfdm

Grob vorbereitete, unterseitige Betonoberfläche (Kragarm Breite 10-30cm x lfd. m) strahlen mit festem Strahlgut (inkl. sorgfältiger Reinigung durch Absaugen) als Vorbereitung für den anschließenden Aufbau (Betonreprofilierung).

Reinigen des Untergrundes von Zementleim, Schmutz, Staub, alten Anstrichen, Ölen und Fetten, sowie sonstigen haftungsmindernden Bestandteilen.

Reinheitsgrad Bewehrung: Sa 2 1/2.

Angrenzende Bauteile und die angrenzten Straße sind zu schützen. Die Schutzmaßnahmen sind in diese Position mit einzukalkulieren.

Nach Beendigung erfolgt die Überprüfung der Haft-/Oberflächenzugfestigkeit (Mindestwert 1,5 N/mm², kleinster Einzelwert 1,0 N/mm²).

Das Strahlgut und das Ausbaumaterial ist fachgerecht zu entsorgen. Die Entsorgungskosten sind in den Einheitspreis mit einzurechnen.

Die vorbereiteten Oberflächen sind durch den Bauherren abzunehmen, bevor weitere Arbeitsschritte (Reprofilieren) erfolgen.

Die Arbeiten werden unter dem Bahnsteig im laufenden Betrieb des Hochbahnsteiges ausgeführt. Die Erschwernis und die Abschottung des Arbeitsfeldes ist in diese Position einzupreisen.

75.1.2.1.4	Zulage: Strahlen mit festem Strahlgut	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	5,00	lfdm pro 1,00 lfdm

Zulage zu Position 75.1.2.1.3 Strahlen mit festem Strahlgut - Kragarm von Unten für eine zusätzliche Breite von bis zu 10cm

75.1.2.1.5 Haft-/ Oberflächenzugfestigkeit prüfen	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
	19%	3,00	Stck pro 1,00 Stck

Überprüfen der Haft-/Oberflächenzugfestigkeit der vorbereiteten Oberfläche nach DAfStb-Richtlinie "Schutz und Instandsetzung von Betonbauteilen", im Beisein der Bauleitung. Die Ergebnisse (Prüfstelle, Werte, Trennfall) sind in einem Protokoll festzuhalten und der Bauleitung zu übergeben.

Die Anzahl der Prüfungen ist entsprechend der normativen und der ermittelten Prüfwerte zu wählen und nach St. abzurechnen.

75.1.2.1.6 Reprofilierung mit PCC-Mörtel - Kragarm von Unten	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
	19%	130,00	lfdm pro 1,00 lfdm

Gestralte Fläche mit Haftbrücke nach vorherigem Vornässen satt einschlänmen.
Frisch in Frisch mit PCC-Mörtel die Abtragsfläche verfüllen.
Auftragsdicke: Lokal bis maximal 50 mm
Ausführung für Vertiefungen auch zwischen Bewehrung.

Schadstellen: Breite 10-30cm x lfd. m

RM-Mörtel nach ZTV-ING 10/2017 und Rili SIB (früher PCC I)
Produkt nach DIN EN 1504-3
Beanspruchbarkeitsklasse: M2
Druckfestigkeit nach 28d: mind. 50N/mm²
Biegezugfestigkeit nach 28d: mind. 8N/mm²
Hohe Frost- und Tausalzbeständigkeit
Baustoffklasse: A1
Schwindarm
Polymervergütet
Rissfrei erhärtend
Maschinenverarbeitbar
Belegereife: nach 7d

angeb. Fabrikat/Typ: Nach der Vergabe zur Prüfung und Freigabe vorzulegen!

Der Instandsetzungsmörtel ist nach dem Einbau durch geeignete

Nachbehandlung vor Austrocknen zu schützen.

Es darf nur Werk trockenmischung als „Sackware“ verwendet werden.

Material liefern, anmischen, transportieren, fachgerecht einbauen und nachbehandeln.

Die Arbeiten werden unter dem Bahnsteig im laufenden Betrieb des Hochbahnsteiges ausgeführt. Die Erschwernis und die Abschottung des Arbeitsfeldes ist in diese Position einzupreisen.

75.1.2.1.7	Zulage: Reprofilierung	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	5,00	lfdm pro 1,00 lfdm
	Zulage zu Position 75.1.2.1.6 Reprofilierung mit PCC-Mörtel - Kragarm von Unten für eine zusätzliche Breite von bis zu 10cm					

75.1.3	Sonstiges	EUR				
75.1.3.1	Stundenlöhne	EUR				

75.1.3.1.1	Verrechnungssatz für Arbeitskraft Meister/Vorarbeiter	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	5,00	h pro 1,00 h

Stundenlohnarbeiten durch Arbeitskräfte auf Anordnung des AG ausführen.

Der Verrechnungssatz für die jeweilige Arbeitskraft umfasst sämtliche Aufwendungen, insbesondere den tatsächlichen Lohn einschließlich vermögenswirksamer Leistungen mit den Zuschlägen für Gemeinkosten (Sozialkassenbeiträge, Winterbauumlage und dgl.), sowie Lohn- bzw. Gehaltsnebenkosten und Zuschläge für Überstunden.

Zuschläge für Nacht-, Sonntags- und Feiertagsarbeit werden gesondert vergütet.

75.1.3.1.2	Verrechnungssatz für Arbeitskraft Geselle/Facharbeiter	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	5,00	h pro 1,00 h

Stundenlohnarbeiten durch Arbeitskräfte auf Anordnung des AG ausführen.
Der Verrechnungssatz für die jeweilige Arbeitskraft umfasst sämtliche Aufwendungen, insbesondere den tatsächlichen Lohn einschließlich vermögenswirksamer Leistungen mit den Zuschlägen für Gemeinkosten (Sozialkassenbeiträge, Winterbauumlage und dgl.), sowie Lohn- bzw. Gehaltsnebenkosten und Zuschläge für Überstunden.
Zuschläge für Nacht-, Sonntags- und Feiertagsarbeit werden gesondert vergütet.

75.2	Sanierung HBST Annastift	EUR
75.2.1	Baustelleneinrichtung und Verkehr	EUR
75.2.1.1	Baustelleneinrichtung	EUR

75.2.1.1.1	Baustelle einrichten	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	1,00	Psch pro 1,00 Psch

Geräte, Werkzeuge und sonstige Betriebsmittel, die zur vertragsgemäßen Durchführung der Bauleistungen erforderlich sind, auf die Baustelle bringen, bereitstellen und - soweit der Geräteeinsatz nicht gesondert berechnet wird - betriebsfertig aufstellen einschließlich der dafür notwendigen Arbeiten. Die erforderlichen Anlagen herstellen. Baubüros, Unterkünfte, Werkstätten, Lager schuppen und dergleichen, soweit erforderlich, antransportieren, aufbauen und einrichten.
Strom-, Wasser-, Fernsprechananschluß und dgl. für die Baustelle, soweit erforderlich, herstellen. Bei Bedarf Zufahrtswege zur Baustelle sowie Lagerplätze, sonstige Platzbefestigungen und Wege im Baustellenbereich anlegen. Oberbodenarbeiten einschließlich Beseitigen von Aufwuchs für die Baustelleneinrichtung, soweit erforderlich, ausführen. Flächen beschaffen, sofern der normale Absperrbereich nicht ausreicht.

Soweit nicht für bestimmte Leistungen (z. B. Bedarfsleistungen) für das Einrichten der Baustelle gesonderte Positionen im LV enthalten sind, umfaßt die Pauschale die Vergütung für alle Leistungen sämtlicher Abschnitte des LV einschl. aller Baustellensicherungsmaßnahmen. Das mehrfache Anrücken - bedingt durch den Bauablauf - führt nicht zu einem mehrfachen Abrechnen dieser Position.

75.2.1.1.2 Baustelle räumen	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
	19%	1,00	Psch pro 1,00 Psch

Baustelle von allen Geräten, Anlagen, Einrichtungen und dergleichen räumen. Benutzte Flächen und Wege entsprechend dem ursprünglichen Zustand unter Wahrung der landschaftspflegerischen Belange ordnungsgemäß herrichten. Soweit nicht für bestimmte Leistungen (z.B. Bedarfsleistungen) für das Räumen der Baustelle gesonderte Positionen im Leistungsverzeichnis enthalten sind, gilt die Pauschale für alle Leistungen sämtlicher Abschnitte des Leistungsverzeichnisses und verschiedenen Gewerke. Das mehrfache Abrücken - bedingt durch den Bauablauf - führt nicht zu einem mehrfachen Abrechnen dieser Position.

75.2.2	Betonsanierung	EUR
75.2.2.1	Betonarbeiten	EUR

75.2.2.1.1 Abstemmen Beton - Kragarm von Unten	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
	19%	125,00	lfdm pro 1,00 lfdm

Lösen schollenartigen Beton entfernen und entsorgen.
Abtragsfläche jeweils ca. Breite 10-30cm x lfd. m
Der lose Beton befindet sich an der Unterseite des Kragarms direkt hinter der Tropfkante. Der Kragarm ist ca. 70cm über der Oberfläche und auf der Gleisseite des Bahnsteiges.

Lokales Abtragen von "abgesprengtem" Beton.

Die zu bearbeitenden Bereiche werden durch den AG im Beisein des AN festgelegt und markiert.

Die gleisseitige Länge des Bahnsteiges ist insgesamt 140m.

Das Ausbaumaterial ist fachgerecht zu entsorgen. Die Entsorgung ist nachzuweisen. Die Entsorgungskosten sind in den Einheitspreis mit einzurechnen.

Die Arbeiten werden unter dem Bahnsteig im laufenden Betrieb des Hochbahnsteiges ausgeführt. Die Erschwernis und die Abschottung des Arbeitsfeldes ist in diese Position einzupreisen.

75.2.2.1.2	Zulage: Lokales Abstemmen Beton	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	50,00	lfdm pro 1,00 lfdm
	Zulage zu Position 75.2.2.1.1 Abstemmen Beton - Kragarm von Unten für eine zusätzliche Breite von bis zu 10cm					

75.2.2.1.3	Strahlen mit festem Strahlgut - Kragarm von Unten	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	125,00	lfdm pro 1,00 lfdm

Grob vorbereitete, unterseitige Betonoberfläche (Kragarm Breite 10-30cm x lfd. m) strahlen mit festem Strahlgut (inkl. sorgfältiger Reinigung durch Absaugen) als Vorbereitung für den anschließenden Aufbau (Betonreprofilierung).

Reinigen des Untergrundes von Zementleim, Schmutz, Staub, alten Anstrichen, Ölen und Fetten, sowie sonstigen haftungsmindernden Bestandteilen.

Reinheitsgrad der Bewehrung: Sa 2 1/2.

Angrenzende Bauteile und die angrenzende Straße sind zu schützen. Die Schutzmaßnahmen sind in diese Position mit einzukalkulieren.

Nach Beendigung erfolgt die Überprüfung der Haft-/Oberflächenzugfestigkeit (Mindestwert 1,5 N/mm², kleinster Einzelwert 1,0 N/mm²).

Das Strahlgut und das Ausbaumaterial ist fachgerecht zu entsorgen. Die Entsorgungskosten sind in den Einheitspreis mit einzurechnen.

Die vorbereiteten Oberflächen sind durch den Bauherren abzunehmen, bevor weitere Arbeitsschritte (Reprofilieren) erfolgen.

Die Arbeiten werden unter dem Bahnsteig im laufenden Betrieb des Hochbahnsteiges ausgeführt. Die Erschwernis und die Abschottung des Arbeitsfeldes ist in diese Position einzupreisen.

75.2.2.1.4	Zulage: Strahlen mit festem Strahlgut	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	50,00	lfdm pro 1,00 lfdm

Zulage zu Position 75.2.2.1.3 Strahlen mit festem Strahlgut - Kragarm von Unten für eine zusätzliche Breite von bis zu 10cm

75.2.2.1.5	Haft-/ Oberflächenzugfestigkeit prüfen	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	3,00	Stck pro 1,00 Stck

Überprüfen der Haft-/Oberflächenzugfestigkeit der vorbereiteten Oberfläche nach DAfStb-Richtlinie "Schutz und Instandsetzung von Betonbauteilen", im Beisein der Bauleitung. Die Ergebnisse (Prüfstelle, Werte, Trennfall) sind in einem Protokoll festzuhalten und der Bauleitung zu übergeben.

Die Anzahl der Prüfungen ist entsprechend der normativen und der ermittelten Prüfwerte zu wählen und nach St. abzurechnen.

75.2.2.1.6	Reprofilierung mit PCC-Mörtel - Kragarm von Unten	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	125,00	lfdm pro 1,00 lfdm

Gestrahlte Fläche mit Haftbrücke nach vorherigem Vornässen satt einschlänmen.

Frisch in Frisch mit PCC-Mörtel die Abtragsfläche verfüllen.

Auftragsdicke: Lokal bis maximal 50 mm

Ausführung für Vertiefungen auch zwischen Bewehrung.

Schadstellen: Breite 10-30cm x lfd. m

RM-Mörtel nach ZTV-ING 10/2017 und Rili SIB (früher PCC I)

Produkt nach DIN EN 1504-3

Beanspruchbarkeitsklasse: M2

Druckfestigkeit nach 28d: mind. 50N/mm²

Biegezugfestigkeit nach 28d: mind. 8N/mm²

Hohe Frost- und Tausalzbeständigkeit

Baustoffklasse: A1

Schwindarm

Polymervergütet

Rissfrei erhärtend

Maschinenverarbeitbar

Belegereife: nach 7d

angeb. Fabrikat/Typ: Nach der Vergabe zur Prüfung und Freigabe vorzulegen!

Der Instandsetzungsmörtel ist nach dem Einbau durch geeignete Nachbehandlung vor Austrocknen zu schützen.

Es darf nur Werk trockenmischung als „Sackware“ verwendet werden.

Material liefern, anmischen, transportieren, fachgerecht einbauen und nachbehandeln.

Die Arbeiten werden unter dem Bahnsteig im laufenden Betrieb des Hochbahnsteiges ausgeführt. Die Erschwernis und die Abschottung des Arbeitsfeldes ist in diese Position einzupreisen.

75.2.2.1.7	Zulage: Reprofilierung	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	50,00	lfdm pro 1,00 lfdm
	Zulage zu Position 75.2.2.1.6 Reprofilierung mit PCC-Mörtel - Kragarm von Unten für eine zusätzliche Breite von bis zu 10cm					

75.2.3	Sonstiges	EUR				
75.2.3.1	Stundenlöhne	EUR				

75.2.3.1.1	Verrechnungssatz für Arbeitskraft Meister/Vorarbeiter	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	5,00	h pro 1,00 h

Stundenlohnarbeiten durch Arbeitskräfte auf Anordnung des AG ausführen.
Der Verrechnungssatz für die jeweilige Arbeitskraft umfasst sämtliche Aufwendungen, insbesondere den tatsächlichen Lohn einschließlich vermögenswirksamer Leistungen mit den Zuschlägen für Gemeinkosten (Sozialkassenbeiträge, Winterbauumlage und dgl.), sowie Lohn- bzw. Gehaltsnebenkosten und Zuschläge für Überstunden.
Zuschläge für Nacht-, Sonntags- und Feiertagsarbeit werden gesondert vergütet.

75.2.3.1.2	Verrechnungssatz für Arbeitskraft Geselle/Facharbeiter	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	5,00	h pro 1,00 h

Stundenlohnarbeiten durch Arbeitskräfte auf Anordnung des AG ausführen.
Der Verrechnungssatz für die jeweilige Arbeitskraft umfasst sämtliche Aufwendungen, insbesondere den tatsächlichen Lohn einschließlich vermögenswirksamer Leistungen mit den Zuschlägen

für Gemeinkosten (Sozialkassenbeiträge, Winterbauumlage und dgl.), sowie Lohn- bzw. Gehaltsnebenkosten und Zuschläge für Überstunden.
Zuschläge für Nacht-, Sonntags- und Feiertagsarbeit werden gesondert vergütet.

75.3	Sanierung HBST Tiergarten	EUR
75.3.1	Baustelleneinrichtung und Verkehr	EUR
75.3.1.1	Baustelleneinrichtung	EUR

75.3.1.1.1	Baustelle einrichten	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	1,00	Psch pro 1,00 Psch

Geräte, Werkzeuge und sonstige Betriebsmittel, die zur vertragsgemäßen Durchführung der Bauleistungen erforderlich sind, auf die Baustelle bringen, bereitstellen und - soweit der Geräteeinsatz nicht gesondert berechnet wird - betriebsfertig aufstellen einschließlich der dafür notwendigen Arbeiten. Die erforderlichen Anlagen herstellen. Baubüros, Unterkünfte, Werkstätten, Lager schuppen und dergleichen, soweit erforderlich, antransportieren, aufbauen und einrichten.
Strom-, Wasser-, Fernsprechanschluß und dgl. für die Baustelle, soweit erforderlich, herstellen. Bei Bedarf Zufahrtswege zur Baustelle sowie Lagerplätze, sonstige Platzbefestigungen und Wege im Baustellenbereich anlegen. Oberbodenarbeiten einschließlich Beseitigen von Aufwuchs für die Baustelleneinrichtung, soweit erforderlich, ausführen. Flächen beschaffen, sofern der normale Absperrbereich nicht ausreicht.
Soweit nicht für bestimmte Leistungen (z. B. Bedarfsleistungen) für das Einrichten der Baustelle gesonderte Positionen im LV enthalten sind, umfaßt die Pauschale die Vergütung für alle Leistungen sämtlicher Abschnitte des LV einschl. aller Baustellensicherungsmaßnahmen. Das mehrfache Anrücken - bedingt durch den Bauablauf - führt nicht zu einem mehrfachen Abrechnen dieser Position.

75.3.1.1.2 Baustelle räumen	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
	19%	1,00	Psch pro 1,00 Psch

Baustelle von allen Geräten, Anlagen, Einrichtungen und dergleichen räumen. Benutzte Flächen und Wege entsprechend dem ursprünglichen Zustand unter Wahrung der landschaftspflegerischen Belange ordnungsgemäß herrichten. Soweit nicht für bestimmte Leistungen (z.B. Bedarfsleistungen) für das Räumen der Baustelle gesonderte Positionen im Leistungsverzeichnis enthalten sind, gilt die Pauschale für alle Leistungen sämtlicher Abschnitte des Leistungsverzeichnisses und verschiedenen Gewerke. Das mehrfache Abrücken - bedingt durch den Bauablauf - führt nicht zu einem mehrfachen Abrechnen dieser Position.

75.3.2	Betonsanierung	EUR
---------------	-----------------------	------------------

75.3.2.1	Betonarbeiten	EUR
-----------------	----------------------	------------------

75.3.2.1.1 Abstemmen Beton - Kragarm von Unten	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
	19%	15,00	lfdm pro 1,00 lfdm

Lösen schollenartigen Beton entfernen und entsorgen.
Abtragsfläche jeweils ca. Breite 10-30cm x lfd. m
Der lose Beton befindet sich an der Unterseite des Kragarms direkt hinter der Tropfkante. Der Kragarm ist ca. 70cm über der Oberfläche und auf der Gleisseite des Bahnsteiges.

Lokales Abtragen von "abgesprengtem" Beton.

Die zu bearbeitenden Bereiche werden durch den AG im Beisein des AN festgelegt und markiert.

Die gleisseitige Länge des Bahnsteiges ist insgesamt 140m.

Das Ausbaumaterial ist fachgerecht zu entsorgen. Die Entsorgung ist nachzuweisen. Die Entsorgungskosten sind in den Einheitspreis mit einzurechnen.

Die Arbeiten werden unter dem Bahnsteig im laufenden Betrieb des Hochbahnsteiges ausgeführt. Die Erschwernis und die Abschottung des Arbeitsfeldes ist in diese Position einzupreisen.

75.3.2.1.2	Zulage: Lokales Abstemmen Beton	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	1,00	lfdm pro 1,00 lfdm
	Zulage zu Position 75.3.2.1.1 Abstemmen Beton - Kragarm von Unten für eine zusätzliche Breite von bis zu 10cm					

75.3.2.1.3	Strahlen mit festem Strahlgut - Kragarm von Unten	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	15,00	lfdm pro 1,00 lfdm

Grob vorbereitete, unterseitige Betonoberfläche (Kragarm Breite 10-30cm x lfd. m) strahlen mit festem Strahlgut (inkl. sorgfältiger Reinigung durch Absaugen) als Vorbereitung für den anschließenden Aufbau (Betonreprofilierung).

Reinigen des Untergrundes von Zementleim, Schmutz, Staub, alten Anstrichen, Ölen und Fetten, sowie sonstigen haftungsmindernden Bestandteilen.

Reinheitsgrad der Bewehrung: Sa 2 1/2.

Angrenzende Bauteile und die angrenzende Straße sind zu schützen. Die Schutzmaßnahmen sind in diese Position mit einzukalkulieren.

Nach Beendigung erfolgt die Überprüfung der Haft-/Oberflächenzugfestigkeit (Mindestwert 1,5 N/mm², kleinster Einzelwert 1,0 N/mm²).

Das Strahlgut und das Ausbaumaterial ist fachgerecht zu entsorgen. Die Entsorgungskosten sind in den Einheitspreis mit einzurechnen.

Die vorbereiteten Oberflächen sind durch den Bauherren abzunehmen, bevor weitere Arbeitsschritte (Reprofilieren) erfolgen.

Die Arbeiten werden unter dem Bahnsteig im laufenden Betrieb des Hochbahnsteiges ausgeführt. Die Erschwerung und die Abschottung des Arbeitsfeldes ist in diese Position einzupreisen.

Eine Arbeitsstelle mit einer kleineren Länge als 0,5m wird mit einer lfd. Länge von 0,5m abgerechnet.

75.3.2.1.4	Zulage: Strahlen mit festem Strahlgut	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	1,00	lfdm pro 1,00 lfdm

Zulage zu Position 75.3.2.1.3 Strahlen mit festem Strahlgut - Kragarm von Unten für eine zusätzliche Breite von bis zu 10cm

75.3.2.1.5	Haft-/ Oberflächenzugfestigkeit prüfen	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	3,00	Stck pro 1,00 Stck

Überprüfen der Haft-/Oberflächenzugfestigkeit der vorbereiteten Oberfläche nach DAfStb-Richtlinie "Schutz und Instandsetzung von Betonbauteilen", im Beisein der Bauleitung. Die Ergebnisse (Prüfstelle, Werte, Trennfall) sind in einem Protokoll festzuhalten und der Bauleitung zu übergeben.

Die Anzahl der Prüfungen ist entsprechend der normativen und der ermittelten Prüfwerte zu wählen und nach St. abzurechnen.

75.3.2.1.6	Reprofilierung mit PCC-Mörtel - Kragarm von Unten	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	15,00	lfdm pro 1,00 lfdm

Gestrahlte Fläche mit Haftbrücke nach vorherigem Vornässen satt einschlänmen.
Frisch in Frisch mit PCC-Mörtel die Abtragsfläche verfüllen.

Auftragsdicke: Lokal bis maximal 50 mm
Ausführung für Vertiefungen auch zwischen Bewehrung.

Schadstellen: Breite 10-30cm x lfd. m

RM-Mörtel nach ZTV-ING 10/2017 und Rili SIB (früher PCC I)
Produkt nach DIN EN 1504-3
Beanspruchbarkeitsklasse: M2
Druckfestigkeit nach 28d: mind. 50N/mm²
Biegezugfestigkeit nach 28d: mind. 8N/mm²
Hohe Frost- und Tausalzbeständigkeit
Baustoffklasse: A1
Schwindarm
Polymervergütet
Rissfrei erhärtend
Maschinenverarbeitbar
Belegereife: nach 7d

angeb. Fabrikat/Typ: Nach der Vergabe zur Prüfung und Freigabe vorzulegen!

Der Instandsetzungsmörtel ist nach dem Einbau durch geeignete Nachbehandlung vor Austrocknen zu schützen.

Es darf nur Werk trockenmischung als „Sackware“ verwendet werden.

Material liefern, anmischen, transportieren, fachgerecht einbauen und nachbehandeln.

Die Arbeiten werden unter dem Bahnsteig im laufenden Betrieb des Hochbahnsteiges ausgeführt. Die Erschwernis und die Abschottung des Arbeitsfeldes ist in diese Position einzupreisen.

Eine Arbeitsstelle mit einer kleineren Länge als 0,5m wird mit einer lfd. Länge von 0,5m abgerechnet.

75.3.2.1.7	Zulage: Reprofilierung	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	1,00	m pro 1,00 m
Zulage zu Position 75.3.2.1.6 Reprofilierung mit PCC-Mörtel - Kragarm von Unten für eine zusätzliche Breite von bis zu 10cm						

75.3.3	Sonstiges					EUR
75.3.3.1	Stundenlöhne					EUR
75.3.3.1.1	Verrechnungssatz für Arbeitskraft Meister/Vorarbeiter	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	5,00	h pro 1,00 h
	<p>Stundenlohnarbeiten durch Arbeitskräfte auf Anordnung des AG ausführen. Der Verrechnungssatz für die jeweilige Arbeitskraft umfasst sämtliche Aufwendungen, insbesondere den tatsächlichen Lohn einschließlich vermögenswirksamer Leistungen mit den Zuschlägen für Gemeinkosten (Sozialkassenbeiträge, Winterbauumlage und dgl.), sowie Lohn- bzw. Gehaltsnebenkosten und Zuschläge für Überstunden. Zuschläge für Nacht-, Sonntags- und Feiertagsarbeit werden gesondert vergütet.</p>					
75.3.3.1.2	Verrechnungssatz für Arbeitskraft Geselle/Facharbeiter	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	5,00	h pro 1,00 h
	<p>Stundenlohnarbeiten durch Arbeitskräfte auf Anordnung des AG ausführen. Der Verrechnungssatz für die jeweilige Arbeitskraft umfasst sämtliche Aufwendungen, insbesondere den tatsächlichen Lohn einschließlich vermögenswirksamer Leistungen mit den Zuschlägen für Gemeinkosten (Sozialkassenbeiträge, Winterbauumlage und dgl.), sowie Lohn- bzw. Gehaltsnebenkosten und Zuschläge für Überstunden. Zuschläge für Nacht-, Sonntags- und Feiertagsarbeit werden gesondert vergütet.</p>					

ANGEBOTSSUMME(N)

Summe exkl. Nachlass (netto)	_____
Nachlass (netto)	_____
Summe inkl. Nachlass (netto)	_____
Umsatzsteuer	_____
Summe (brutto)	_____

Ausschreibung

Verfahren: 2026341829 - Betonsanierung D-Süd - an den Hochbahnsteigen Bleekstraße,
Annastift und Tiergarten

AUFLISTUNG ALLER DATEIANLAGEN ZU DEN POSITIONEN

Name	Dateiname	Größe	MIME-Type
------	-----------	-------	-----------

Verfahren: 2026341829 - Betonsanierung D-Süd - an den Hochbahnsteigen Bleekstraße, Annastift und Tiergarten

EIGNUNGSKRITERIEN

1 Präqualifizierung

Der Bieter kann - sofern vorhanden - seine Eignung durch Nachweis einer Präqualifizierungs-Nummer (PQ-Nummer) erbringen.

Ich verpflichte mich / wir verpflichten uns, der ÜSTRA unverzüglich schriftlich mitzuteilen, wenn sich die Angaben, für die eine Präqualifizierung gewährt worden ist, ändern.

2 Erklärungen zur Zuverlässigkeit [Mussangabe]

Ich erkläre / Wir erklären, dass

- über mein / unser Vermögen nicht das Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares gesetzliches Verfahren eröffnet oder die Eröffnung beantragt oder beantragt worden ist oder der Antrag mangels Masse abgelehnt wurde,

- sich mein / unser Unternehmen nicht in Liquidation befindet,

- ich / wir keine schwere Verfehlung begangen habe / haben, die meine / unsere Zuverlässigkeit als Bieter in Frage stellt, insbesondere dass kein Ausschlussgrund gemäß §§ 123 f. GWB vorliegt,

- ich meine / wir unsere Verpflichtungen zur Zahlung von Steuern und Abgaben sowie der Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung ordnungsgemäß erfüllt habe / haben,

- ich / wir keine vorsätzlich unzutreffenden Erklärungen im Vergabeverfahren, insbesondere in Bezug auf meine / unsere Fachkunde, Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit, abgegeben habe / haben und auch nicht abgeben werde / werden,

- ich mich / wir uns ordnungsgemäß bei der zuständigen Berufsgenossenschaft angemeldet habe / haben,

- ich / wir den gesetzlichen Pflichten zur Zahlung des Mindestlohns gemäß Mindestlohngesetz (MiLoG) nachkommen.

☐ Keine Angabe (0)

☐ Ja (0)

☐ Nein (0)

Nur eine Antwort wählbar

Verfahren: 2026341829 - Betonsanierung D-Süd - an den Hochbahnsteigen Bleekstraße, Annastift und Tiergarten

LEISTUNGSKRITERIEN

1 Erklärungen des Bieters [Mussangabe]

Ausschlusskriterium

Ich erkläre / Wir erklären, dass

- ich / wir alle Leistungen, die nicht im Verzeichnis der durch Nachunternehmer auszuführenden Teilleistungen aufgeführt sind, im eigenen Betrieb ausführen werde,
- ich / wir bei Verwendung einer selbst gefertigten Kopie oder Kurzfassung des Leistungsverzeichnisses das von der ÜSTRA verfasste Leistungsverzeichnis als allein verbindlich anerkenne /anerkennen,
- das von der ÜSTRA vorgeschlagene Produkt Inhalt meines / unseres Angebotes ist, wenn Teilleistungsbeschreibung en der ÜSTRA den Zusatz „oder gleichwertiger Art“ enthalten und von mir / uns keine Produktangaben (Hersteller- und Typenbezeichnung) eingetragen wurden.

- ☐ Keine Angabe
- ☐ Ja
- ☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

Typ	Dateiname	Größe	MIME-Type
Dateianlage	724 Pläne.pdf	3,66 MB	pdf
Dateianlage	721 WBV(B)üstra_allgemein.pdf	261,70 KB	pdf
Dateianlage	Hinweis weitere Unterlagen.pdf	33,31 KB	pdf
Dateianlage	744 Mitarbeiterliste.docx	30,34 KB	docx